



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 2

Februar 1965

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1965

Aufsätze:

28

Bruttoinlandsprodukt der Kreise

Veranlagte Einkommen 1961

Bauhauptgewerbe 1964

Fremdenverkehr 1963 und 1964

Erwerbspersonen am Arbeitsort

Vermögensbildung der Arbeitnehmer

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1963	1964	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Juli bis Nov. ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex ²	1958 = 100	131	139	+ 7
Beschäftigte ³	1 000	174	176	+ 1
Umsatz ^{3 4}	Mill. DM	703	701	— 0
Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5}	Mill. Std.	24	23	— 1
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	Mill. Std.	11,6	11,2	— 3
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁷	Anzahl	2 541	2 570	+ 1
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	97,3	82,6	— 15
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	68,7	70,2	+ 2
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 535	4 619	+ 2
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958 = 100	95,5	97,8	+ 2
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	101,3	103,4	+ 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1958 = 100	103,7	105,7	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1957/59 = 100	106,4	108,1	+ 2
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1962 = 100	102,8	105,7	+ 3
Ernährung	1962 = 100	102,0	105,8	+ 4
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ¹⁰	Mill. DM	1 745	1 947	+ 12
mittel- und langfristigen Krediten ¹¹	Mill. DM	4 502	5 126	+ 14
Spareinlagen ¹²	Mill. DM	2 207	2 572	+ 17
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mill. DM	45	51	+ 15
Landessteuern ¹⁴	Mill. DM	61	66	+ 8
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	23	24	+ 6
Lohnsteuer	Mill. DM	45	51	+ 15

1) bei "Geld und Kredit": Juni bis Oktober 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau) 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

INHALT

2/65

Aktuelle Auslese	25
Aus dem Inhalt	26-27
Aufsätze	
Regionale Leistungswerte 1950, 1957 und 1961	28-31
Die veranlagten Einkommen in Schleswig-Holstein 1961 (Teil 1)	31-35
Das Bauhauptgewerbe 1964	35-40
Der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein in den Sommerhalbjahren 1963 und 1964 .	41-45
Die Erwerbspersonen am Arbeitsort	45-48
Über die Vermögensbildung der Arbeitnehmer 1963	48
Grafik des Monats	36-37
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistische Berichte

C0/Binnenfischerelerhebung 1962

„Die Betriebsverhältnisse in der Binnenfischerei“

42 Seiten, Preis 2,90 DM

N0/Lohnstruktur gewerbliche Wirtschaft 1962

„Die Struktur der Arbeitnehmerschaft und ihrer Verdienste
in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich
in Schleswig-Holstein im Oktober 1962“

92 Seiten, Preis 4,90 DM

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 9/1964

Urlaubsreisen 1962
Vertriebene 1961
Übertragbare Krankheiten 1963
Pkw-Dichte 1963
Bauhauptgewerbe in Land und Bund
Tiefbauaufträge 1961 bis 1963
Realkreditinstitute 1963
Studierende des „Lehramts an Gymnasien“

Heft 10/1964

Geburtenhäufigkeit 1963
Bestandsgrößen in der Nutztviehhaltung
Straßenverkehrsunfälle 1963
Berlin- und Interzonenhandel 1963
Einkommen der Körperschaften 1961
An- und Abmeldungen von Arbeitsstätten

Heft 11/1964

Wahlberechtigte 1961 und 1965
Arbeitsstätten des Verkehrs
Lohnerhebungen der EWG
Sparen der Haushalte
Feuerwehren 1963

Heft 12/1964

Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen
Strukturdaten Landwirtschaft
Krankenpflegepersonal 1963
Wasser und Abwasser
Vermögensmillionäre
Turnen und Sport

Heft 1/1965

Kraftfahrzeugsteuer 1964
Sterbefälle und Todesursachen
Mechanisierung Landwirtschaft
Ausfuhr 1962 und 1963
Preise für Speisen und Getränke



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 2

Februar 1965

Aktuelle Auslese



ÜBERRASCHEND HOHES BAUERGERBNIS

Das Jahr 1964 hat ein bisher in Schleswig-Holstein noch nicht erreichtes Wohnungsbauergebnis gebracht.



ÜBER 2,4 MILL. EINWOHNER

Die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins hat 2,4 Mill. überschritten. Am 30.9.1964 stellte sie sich auf 2 401 000. Von diesen Einwohnern lebten 28 % in den vier kreisfreien

Städten und 72 % in den siebzehn Kreisen.

Jahr	Fertiggestellte Wohnungen	Bauüberhang an Wohnungen
1964 ¹	29 500	36 000
1963	25 570	37 645
Durchschnitt 1960 – 1962	26 032	32 069

1) vorläufiges Ergebnis

Der Bauüberhang, dazu werden zum Bau genehmigte, am Jahresende aber noch nicht bezugsfertige Wohnungen gerechnet, ist geringer als 1963. Er liegt jedoch immer noch wesentlich über dem Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1962.

VOLKSSCHÜLER OHNE ABSCHLUSS

Im Frühjahr 1964 wurden aus den öffentlichen Volksschulen Schleswig-Holsteins 19 300 Schüler entlassen. Von diesen Schülern erhielten 69 % das Abschluszeugnis; 31 % der Schüler verließen die Volksschule ohne Abschluß. Während von den Mädchen



72 % das Ziel der Volksschule erreichten, waren von den Jungen nur 65 % erfolgreich.

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE 1964



Im Jahre 1964 ereigneten sich auf den Straßen Schleswig-Holsteins rund 13 000 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Dabei wurden 693 Personen getötet und 17 369 verletzt. Das sind die bisher schwersten Unfallfolgen in einem Jahr. Im Vergleich zu 1963

stieg die Zahl der Unfälle um 3 %, die der Getöteten um 15 % und die der Verletzten um 6 %. Die Unfälle sind, wie diese Zahlen zeigen, schwerer geworden. Sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Kreisen haben die Unfälle und Verletzten zugenommen. Dagegen ist in den kreisfreien Städten die Zahl der tödlich Verunglückten zurückgegangen, während sie in den Kreisen anstieg.

ÜBERGÄNGE AUF WEITERFÜHRENDE SCHULEN

Im allgemeinen verlassen die Schüler in Schleswig-Holstein die Volksschulen nach der 4. Klasse, um auf eine weiterführende Schule zu gehen. Es gibt aber auch Schüler, die diesen Sprung erst nach fünf oder sechs Schuljahren wagen. Verfolgt man nun die Schüler einer 4. Volksschulklassen in ihrem weiteren schulischen Weg, so läßt sich nach den Beobachtungen in den letzten Jahren feststellen, daß schließlich 38 % von ihnen auf eine weiterführende Schule gekommen sind, und zwar 14 % auf eine höhere Schule, 20 % auf eine Mittelschule und 4 % auf einen Aufbauzug.

Aus dem Inhalt

Bruttoinlandsprodukt der Kreise

Seite 28

Der Arbeitskreis "Sozialproduktsberechnung der Länder" hat erstmalig für 1957 Methoden entwickelt, die die hauptsächlichsten Bedenken gegen eine kreisweise Sozialproduktsberechnung entkräften konnten. Die Großzählungen 1961 mit ihren regional tief gegliederten Ergebnissen ermöglichen es außerdem, für dieses Jahr und auch rückwirkend für 1957 noch besser fundierte Berechnungen durchzuführen. Somit liegen nunmehr für 1957 und 1961 für alle kreisfreien Städte und Kreise des Bundesgebietes vergleichbare Angaben über das dort erstellte Sozialprodukt vor. Darüber hinaus wurden für Schleswig-Holstein diese Werte auch für 1950 berechnet. Für die Sozialproduktsberechnungen auf Kreisebene gilt dabei genau wie für die Länderberechnungen, daß ihr eigentlicher Erkenntniswert mehr in den zu Tage tretenden Entwicklungstendenzen als in dem ausgewiesenen Niveau liegt. Der Arbeitskreis der Länder hat für Strukturvergleiche im gesamten Bundesgebiet ein einheitliches Typisierungsschema entwickelt. Die Typen werden abgegrenzt nach dem relativen Beitrag der drei zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, warenproduzierendes Gewerbe, Dienstleistungen einschließlich Handel und Verkehr am Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Kreises. Als unterster Schwellenwert, der die Zuordnung zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich bewirkt, gilt ein Anteil von 40 % eines zusammengefaßten Wirtschaftsbereiches am Bruttoinlandsprodukt. Bleiben alle Bereiche unter diesem Anteil von 40 %, so spricht man von gemischtwirtschaftlichen Gebieten. Nach diesem Abgrenzungsschema ist Schleswig-Holstein als Industrieland einzuordnen, da der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes 1961 44 % betragen hat. Neben den kreisfreien Städten waren für den relativ hohen Industrialisierungsgrad die Kreise Stormarn, Pinneberg, Steinburg, Süderdithmarschen, Rendsburg und das Herzogtum Lauenburg ausschlaggebend. Von den kreisfreien Städten ist Neumünster die am stärksten gewerblich orientierte Stadt. Größer noch als die Zahl der Kreise mit dem Schwerpunkt in der gewerblichen Wirtschaft ist die Zahl der Kreise, wo die Dienstleistungen einschließlich Handel und Verkehr stark hervortreten. Es sind dies acht Kreise, vier davon, nämlich Husum, Oldenburg, Südtondern und Norderdithmarschen, haben einen Dienstleistungsanteil von über 50 %. Von den kreisfreien Städten sind Kiel und Flensburg in ihrer Wirtschaftsstruktur am ausgeprägtesten von Dienstleistungen nebst Handel und Verkehr bestimmt. Gemessen an dem Beitrag der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt ist in Schleswig-Holstein nur der Kreis Flensburg-Land als landwirtschaftlicher Kreis zu bezeichnen. Bei einem kreisweisen Strukturvergleich 1961 gegenüber 1957 kann man sich darauf beschränken, die Stadt Flensburg und die Kreise Eckernförde, Norderdithmarschen und Oldenburg zu erwähnen. Die Stadt Flensburg hat sich vom reinen "Dienstleistungsgebiet" zu einer Typenmischung von Dienstleistungen und gewerblicher

Wirtschaft gewandelt. Bei den Kreisen Norderdithmarschen und Oldenburg hat sich die vorrangige Stellung der Dienstleistungen deutlicher ausgeprägt. Der Kreis Eckernförde, der 1957 neben Flensburg-Land zu den landwirtschaftlichen Gebieten gehörte, zählt 1961 wieder zu den gemischtwirtschaftlichen Kreisen. Zurückblickend auf das Jahr 1950 bestätigen die Ergebnisse der regionalen Sozialproduktsberechnung die bekannte Tatsache, daß die kreisfreien Städte sich strukturell weniger verändert haben als die Kreise.

Veranlagte Einkommen 1961

Seite 31

Über 153 000 Schleswig-Holsteiner mußten für das Jahr 1961 eine Einkommensteuererklärung abgeben. Die Veranlagung führte aber nur in knapp 120 000 Fällen zu einer Steuerbelastung. Rechnet man hierzu noch die 22 000 Steuerbefreiten, so erhält man 142 000 unbeschränkt Steuerpflichtige. Das Einkommensteuergesetz unterscheidet zwischen sieben Einkunftsarten. Theoretisch können dem Steuerpflichtigen Einkünfte aus allen sieben Einkunftsarten zufließen. Die Aufgliederung der 142 000 unbeschränkt Steuerpflichtigen nach ihren Einkünften ergab 224 000 Fälle; sie wiesen also im Schnitt zwischen ein und zwei Einkunftsarten nach. Am häufigsten waren 1961 die Fälle mit Einkünften aus Gewerbebetrieb und am wenigsten solche mit Einkünften aus selbständiger Arbeit vertreten. Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Kapitalvermögen waren oft als zweite Einkunftsart anzutreffen. Am zahlreichsten war die Verbindung von Einkünften aus Gewerbebetrieb mit solchen aus Vermietung und Verpachtung. Die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, nichtselbständiger und selbständiger Arbeit hatten nicht so häufig Nebeneinkünfte wie die mit den übrigen Einkunftsarten. Im Durchschnitt wies nur jeder Zweite von ihnen eine zweite Einkunftsart nach, während jeder der Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstigen Einkünften mindestens eine zweite auswies. Die Summe der Einkünfte machte 1961 2,5 Mrd. DM aus und war damit um fast sieben Zehntel höher als 1957. Legt man die Zahl der Einkunftsfälle zugrunde, so ergeben sich je Fall Einkünfte in Höhe von 11 200 DM gegenüber 7 200 DM vier Jahre zuvor. Da jedoch ein Steuerpflichtiger aus mehreren Einkunftsarten Einnahmen beziehen kann, ist der Betrag je Steuerpflichtigen bedeutend höher. Die unbeschränkt mit Einkommen Veranlagten wiesen 1961 im Durchschnitt fast 17 600 DM nach. Dabei ergaben sich in den einzelnen Einkunftsarten bedeutende Unterschiede. Für die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, also für die hauptberuflichen Landwirte, ergab sich z. B. ein Durchschnittsbetrag von 11 700 DM und für die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Kapitalvermögen ein Durchschnittsbetrag von 29 200 DM.

Bauhauptgewerbe 1964

Seite 35

Ende Juni 1964 gab es im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins 2 500 Betriebe mit knapp 71 000 Beschäftigten. Die meisten Betriebe und Beschäftigten waren mit Schwerpunkt im Hochbau tätig. In diesem Gewerbegebiet war das Verhältnis von Klein-, Mittel- und Großbetrieben einigermaßen ausgeglichen. In den kombinierten Betrieben des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaus waren die Großbetriebe mit 100 und mehr Beschäftigten vorherrschend. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten dieses Gewerbegebietes arbeiteten in Großbetrieben. Ähnlich lagen die Dinge auch im Tiefbau und im Straßenbau. Auf die vorstehend genannten vier Gewerbegebiete entfielen fast zwei Drittel aller Betriebe und über neun Zehntel aller Beschäftigten des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes. Das restliche Drittel der Betriebe mit einem knappen Zehntel aller Beschäftigten verteilt sich auf acht zum Teil weitgehend spezialisierte Gewerbegebiete, wie Zimmerei, Dachdeckerei, Brunnenbau usw. Die Entwicklung im Bauhauptgewerbe von 1963 auf 1964 ist durch stagnierende Beschäftigtenzahlen und Arbeitsstunden bei steigenden Lohnkosten und wachsendem Maschinenbestand gekennzeichnet.

Fremdenverkehr 1963 und 1964

Seite 41

Der Fremdenverkehr hat sich in Schleswig-Holstein in den Sommerhalbjahren 1963 und 1964 weiter ausgedehnt. Im Sommer 1963 wurden die Beherbergungsbetriebe und Privatquartiere von 1,38 Mill. Gästen, im Sommer 1964 von 1,41 Mill. übernachtenden Gästen besucht. Die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich in derselben Zeit von 10,1 Mill. um 7 % auf 10,8 Mill. Rechnet man zu diesen Zahlen noch die Übernachtungen in Kinderheimen und Jugendherbergen sowie auf Zeltplätzen hinzu, so wurden in der Sommersaison 1964 in Schleswig-Holstein über 16 Mill. Fremdenübernachtungen ermittelt. Welche Bedeutung dem Fremdenverkehr in unserem Lande zukommt, läßt sich an den Fremdenübernachtungen je Einwohner ablesen. Im Sommer 1963 lag Schleswig-Holstein mit 4,3 Fremdenübernachtungen je Einwohner an der Spitze aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt 1,8). Leider verteilen sich die Übernachtungen in keinem Land aber derartig ungleich auf das Sommer- und Winterhalbjahr wie in Schleswig-Holstein. 1963 entfielen 88 % der Übernachtungen auf das Sommerhalbjahr und nur 12 % der Übernachtungen auf das Winterhalbjahr. Von den Übernachtungen in Schleswig-Holstein machten diejenigen in den Seebädern während des Sommerhalbjahres 1964 81 % aus; während des ganzen Fremdenverkehrsjahres 1964 zusammen 75 %. Der schleswig-holsteinische Fremdenverkehr ist also im Jahresdurchschnitt zu drei Viertel Seebäderverkehr. Die Übernachtungen in allen übrigen Gemeindegruppen treten demgegenüber in den Hintergrund. – Die Aufgliederung des Fremdenverkehrs nach der Art der Beherbergungsstätten, die von den Gästen aufgesucht werden, führt zu unter-

schiedlichen Ergebnissen je nachdem, ob man die Meldungen oder Übernachtungen zugrunde legt. Unter den Fremdenmeldungen führen die Hotels mit Abstand vor den Privatquartieren, Fremdenheimen usw.; der Anteil der Fremdenmeldungen, die auf die Hotels fallen, betrug im Sommerhalbjahr 1964 fast die Hälfte aller Meldungen. Unter den Übernachtungen lagen die Hotels erst an dritter Stelle nach den Privatquartieren und den Fremdenheimen, Pensionen und Hospizen. Das hängt mit der sehr kurzen Aufenthaltsdauer je Gast in diesen Betrieben zusammen.

Erwerbspersonen am Arbeitsort

Seite 45

Viele Einwohner Schleswig-Holsteins arbeiten außerhalb ihres Wohnortes; sie sind Pendler. Mit Hilfe der Pendlerströme läßt sich die Wirtschaftsstruktur einer Gemeinde bestimmen. Die Ergebnisse der Berufszählung 1961 zeigen, daß nur den Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern aus der Pendelwanderung Arbeitskräfte zugewachsen sind, und zwar den Mittelstädten 12 000 und den beiden Großstädten Kiel und Lübeck 29 000. Die Landgemeinden gaben dagegen 76 000 und die kleinen Städte 29 000 Erwerbstätige mehr ab als sie aufnahmen. Die Salden gleichen sich nicht aus, da Schleswig-Holstein auch im Pendleraustausch mit Hamburg und in geringem Umfang mit Niedersachsen steht. Dadurch verlor unser Land 1961 nach Gegenrechnung der Einpendler rund 63 000 Erwerbstätige. Das zusätzliche Arbeitskräftepotential der Mittel- und Großstädte gehörte überwiegend, das Hamburgs fast zur Hälfte dem produzierenden Gewerbe an.

Vermögensbildung der Arbeitnehmer

Seite 48

Um die Wirkungen des "Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer" kennenzulernen, wurden in Schleswig-Holstein 13 000 Unternehmen mit 286 000 Arbeitnehmern stichprobenweise untersucht. Davon haben 200 Unternehmen – das sind 1,5 % – ihren 15 000 Arbeitnehmern vermögenswirksame Leistungen angeboten. Da es sich dabei um überdurchschnittlich große Unternehmen handelt, haben über 5 % der Arbeiter und Angestellten durch ihren Betrieb die Möglichkeit der neuen Vermögensbildung erhalten. Von diesen Arbeitnehmern hatten 1 230 Arbeiter und 740 Angestellte Vermögen im Sinne des neuen Gesetzes gebildet. Die Aufwendungen für diese 1 970 Begünstigten erreichten mehr als eine halbe Million DM, pro Person also durchschnittlich knapp 270 DM. Die im Gesetz verschiedentlich bedeutsame Obergrenze von 312 DM je Arbeitnehmer ist nur in wenigen Fällen überschritten worden. Annähernd gleich häufig haben die Unternehmen ihre Aufwendungen "allgemein" und in der Sonderform als Ergebnisbeteiligung erbracht. In welcher Weise aber die Leistung auch aufgebracht wurde, angelegt wurde sie am weitaus häufigsten als Sparbeitrag mit den Vorzügen des Sparprämiengesetzes.

Regionale Leistungswerte 1950, 1957 und 1961

Das Bruttoinlandsprodukt der Kreise und kreisfreien Städte

Es ist schon lange üblich geworden, die wirtschaftliche Leistung eines Gebietes am Sozialprodukt zu messen. Bisher hat man sich aber bewußt darauf beschränkt, bei den Berechnungen nicht unter die Landesgrenze zu gehen. Ausschlaggebend hierfür war der Mangel an brauchbarem statistischen Material in ausreichend tiefer regionaler Gliederung. Diese Bedenken der Statistiker reichten aber nicht aus, um den immer lauter vorgetragenen Wunsch verschiedener öffentlicher und privater Stellen nach vergleichbaren Leistungswerten auch auf Kreisebene und für die Großstädte erfolgreich abzuweisen.

Der Arbeitskreis "Sozialproduktsberechnung der Länder" hat deshalb erstmalig für das Jahr 1957 Methoden entwickelt, die die hauptsächlichsten Bedenken gegen eine kreisweise Sozialproduktsberechnung entkräften konnten. Die Großzählungen 1961 mit ihren regional tief gegliederten Ergebnissen ermöglichen es außerdem, für dieses Jahr und auch rückwirkend für 1957 noch besser abgesicherte Berechnungen durchzuführen. Somit liegen nunmehr für die Jahre 1957 und 1961 für alle kreisfreien Städte und Kreise des Bundesgebietes vergleichbare Angaben über das dort erstellte Sozialprodukt vor. Darüber hinaus wurden für Schleswig-Holstein aufgrund eines ministeriellen Auftrages auch für das Jahr 1950 solche Berechnungen durchgeführt. Bekanntlich haben in jenem Jahr - wie auch 1961 - Großzählungen stattgefunden, so daß sich das Statistische Landesamt weitgehend der im Arbeitskreis ermittelten Methoden auch für das Jahr 1950 bedienen konnte. Für die Kreise Schleswig-Holsteins sind damit Informationen aus der Sozialproduktsberechnung greifbar, die sowohl die mittelfristige strukturelle Entwicklung gegenüber 1950 als auch die kurzfristige Entwicklung gegenüber 1957 zahlenmäßig untermauern.

Es ist selbstverständlich beabsichtigt, in Zukunft aktuellere regionale Leistungswerte zu erstellen. Da aber wirtschaftliche Umwandlungen jetzt viel langsamer vor sich gehen als in den ersten Jahren nach 1950, sind auch heute noch die Ergebnisse für 1961 zeitnah. Sie liefern auch für die in die Zukunft gerichteten wirtschaftlichen Überlegungen wesentliche Ansatzpunkte.

Für die Sozialproduktsberechnungen auf Kreisebene gilt genau wie für die Länderberechnungen, daß ihr eigentlicher Erkenntniswert mehr in den zu Tage tretenden Entwicklungstendenzen als in dem ausgewiesenen Niveau liegt. Mit anderen Worten, der Unsicherheitsgrad ist bei

den absoluten Werten höher als bei den Zuwachsraten. Die Kommentierung der Zahlen beschränkt sich daher im wesentlichen auf eine Darstellung der wirtschaftlichen Umschichtung in den Kreisen seit 1950. Ein weiteres Anliegen der regionalen Leistungswerte in ihrer Untergliederung nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen ist der Versuch, die Diskussion um die Frage: "Schleswig-Holstein ein Agrarland" in tieferer regionaler Gliederung zu sehen. Dies erfolgt anhand einer einheitlichen Kreistypisierung über den Beitrag der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt der Kreise.

Ohne den weiteren methodischen Erläuterungen zum Schluß des Berichtes vorgreifen zu wollen, scheint es notwendig, schon an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß es sich hier um die Ergebnisse einer Bruttoberechnung handelt. Die Bruttorechnung unterscheidet sich von der Nettorechnung neben den Abschreibungen hauptsächlich dadurch, daß in ihr der Staat als wirtschaftlicher Teilhaber über die indirekten Steuern mit einbegriffen ist. Als Maßstab für die wirtschaftliche Leistung eines Gebietes ist dieses Bruttokonzept durchaus sinnvoll; es ist aber in Extremfällen, wie z. B. im Kreis Stormarn wegen der dort ansässigen Tabakindustrie mit großen vergleichsstörenden Mängeln behaftet.

Nur ein betont landwirtschaftlicher Kreis

Jeder Typisierung und Gruppierung haftet der Mangel der Schablonen an. Sie ist aber trotzdem sinnvoll, wenn sie wesentliche Aufschlüsse über andere wirtschaftliche Tatbestände gibt. Bei der vorliegenden Typisierung geht man davon aus, daß bei Kreisen ähnlicher Wirtschaftsstruktur in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit keine allzu großen Unterschiede bestehen. Außerdem interessiert in diesem Zusammenhang das wirtschaftliche Gefälle bei absinkendem Industrialisierungsgrad, ausgedrückt durch das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten oder je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung.

Der Arbeitskreis "Sozialproduktsberechnung der Länder" hat für Strukturvergleiche im gesamten Bundesgebiet ein einheitliches Typisierungsschema entwickelt. Die Abgrenzung erfolgt über den relativen Beitrag der drei zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, warenproduzierendes Gewerbe, Dienstleistungen einschließlich Handel und Verkehr am Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Kreises. Als unterster Schwellenwert, der die Zuordnung zu einem bestimmten Wirtschafts-

bereich bewirkt, gilt ein Anteil von 40% eines zusammengefaßten Wirtschaftsbereiches am Bruttoinlandsprodukt. Bleiben alle Bereiche unter diesem Anteil von 40%, spricht man von gemischtwirtschaftlichen Gebieten. Bei den kreisfreien Städten, wo die Landwirtschaft kaum in Erscheinung tritt, ist die Zuordnung zu einer bestimmten Strukturtype anhand der Anteilsätze nicht möglich. Sowohl das warenproduzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungen in diesen Gebieten tragen über 40% zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die genaue Abgrenzung der wirtschaftlichen Strukturgruppen ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Abgrenzung	Bezeichnung der Gebiete	Kurz- bezeichnung
Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in %		
50 und mehr	Agrargebiete	L 50
40 bis unter 50		L 40
Anteil des warenproduzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt in %		
60 und mehr	Industrie- gebiete	W 60
50 bis unter 60		W 50
40 bis unter 50		W 40
Anteil der Dienstleistungsbereiche ¹ am Bruttoinlandsprodukt in %		
60 und mehr	Dienst- leistungs- gebiete	D 60
50 bis unter 60		D 50
40 bis unter 50		D 40
Keiner der drei Bereiche erreicht 40 % oder mehr des Bruttoinlandsprodukts	Gemischt- wirtschaftl. Gebiete	G

1) Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Sonstige Dienstleistungen

Nach diesem Abgrenzungsschema ist Schleswig-Holstein noch als Industrieland einzuordnen, da der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes 1961 44% betragen hat. Neben den kreisfreien Städten waren für den relativ hohen Industrialisierungsgrad 6 der 17 Landkreise ausschlaggebend, nämlich: Stormarn (68%), Pinneberg (54%), Steinburg (47%), Süderdithmarschen (47%), Rendsburg (45%) und das Herzogtum Lauenburg (42%). Von den kreisfreien Städten ist Neumünster (56%) die am stärksten gewerblich orientierte Stadt, gefolgt von Lübeck (52%), Flensburg (42%) und Kiel (40%).

Größer noch als die Zahl der Kreise mit dem Schwerpunkt in der gewerblichen Wirtschaft ist die Zahl der Kreise, wo die Dienstleistungen (einschl. Handel und Verkehr) stark hervortreten. Es sind dies insgesamt acht Kreise, vier von ihnen haben einen Dienstleistungsanteil von über 50%. Von den kreisfreien Städten sind die Landeshauptstadt Kiel (58%) und die Stadt Flensburg (58%) in ihrer Wirtschaftsstruktur am ausgeprägtesten von Dienstleistungen nebst Handel und Verkehr bestimmt. In Lübeck halten sich das warenproduzierende Gewerbe und die Dienstleistungen etwa die Waage. In der relativ noch stärker industrialisierten Stadt Neumünster ist der Dienstleistungsanteil wesentlich geringer.

Die Zuordnung der Kreise und kreisfreien Städte zu wirtschaftlichen Strukturgruppen im Jahre 1961

Strukturgruppen	Anzahl	Zugehörige Kreise Name und Anteilswert
L 50	—	—
L 40	1	Flensburg-Land (42)
W 60	1	Stormarn (68)
W 50	3	Lübeck (52), Neumünster (56), Pinneberg (54)
W 40	6	Flensburg-Stadt (42), Kiel (40), Hzt. Lauenburg (42), Rendsburg (45), Steinburg (47), Süderdithmarschen (47)
D 60	—	—
D 50	6	Flensburg-Stadt (58), Kiel (58), Husum (52), Norderdithmarschen (50), Oldenburg (52), Südtondern (52)
D 40	5	Lübeck (47), Neumünster (42), Eiderstedt (45), Eutin (45), Schleswig (45)
G	3	Eckernförde, Plön, Segeberg

sierten Stadt Neumünster ist der Dienstleistungsanteil wesentlich geringer.

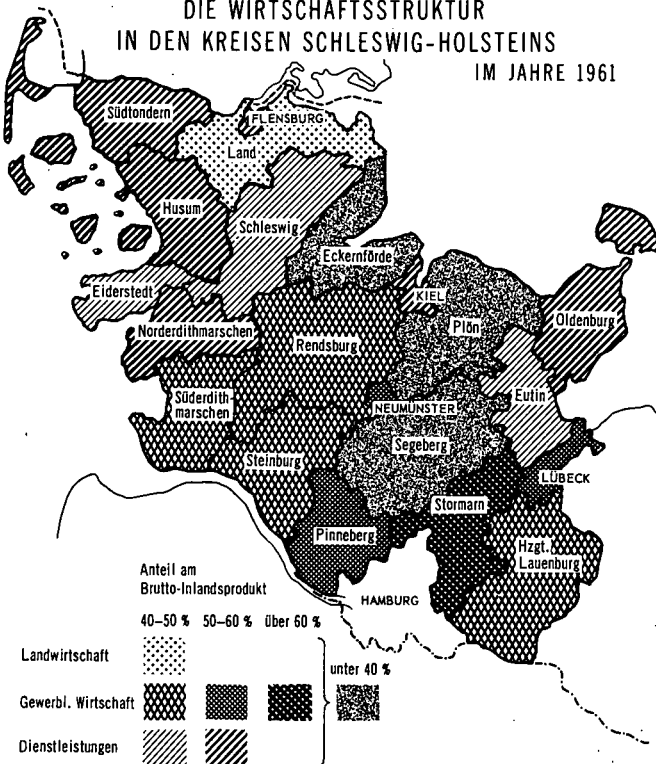
Gemessen an dem Beitrag der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt ist in Schleswig-Holstein nur ein Kreis, nämlich Flensburg-Land, als landwirtschaftlicher Kreis zu bezeichnen. Er gehört zu den Agrargebieten, wo der Anteil der Landwirtschaft (einschl. Forstwirtschaft und Fischerei) am Bruttoinlandsprodukt zwischen 40% und 50% liegt. Kreise, bei denen die Landwirtschaft mehr als die Hälfte der wirtschaftlichen Leistung erbrachte, hat es 1961 in Schleswig-Holstein nicht mehr gegeben.

5 von 17 Landkreisen wechselten die Strukturgruppe

Wie bereits eingangs erwähnt, sind in Schleswig-Holstein, abweichend von den anderen Bundesländern, auch für 1950 regionale Leistungswerte berechnet worden. Ein Grund hierfür war der Umstand, daß die grundlegenden wirtschaftlichen Strukturwandlungen der Kreise und der kreisfreien Städte vor dem Jahr 1957 lagen. Aus den Sozialproduktsberechnungen für das Land ist bekannt, daß in dem Zeitraum von 1957 bis 1961 der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes nur geringfügig weiter angestiegen ist (42% bzw. 44%). In demselben Ausmaß ist der relative Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen (15% bzw. 13%). Der Anteil der übrigen Bereiche insgesamt hat sich nicht verändert.

Bei einem kreisweisen Strukturvergleich 1961 gegenüber 1957 kann man sich darauf beschränken, die Stadt Flensburg und die Kreise Eckernförde, Norderdithmarschen und Oldenburg zu erwähnen. Die Stadt Flensburg hat sich vom reinen "Dienstleistungsgebiet" zu einer Typenmischung von Dienstleistungen und gewerblicher Wirtschaft gewandelt. Bei den Kreisen Norderdithmarschen und Oldenburg hat sich die vorrangige Stellung der Dienstleistungen deutlicher

DIE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR IN DEN KREISEN SCHLESWIG-HOLSTEINS IM JAHRE 1961



Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur in den kreisfreien Städten und Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Veränderung in Periode		Keine Veränderung
	1950 - 1957	1957 - 1961	
FLENSBURG		D 60 - W 40 D 50	
KIEL			W 40 D 50
LÜBECK	W 40 - W 50 D 50 - D 40		
NEUMÜNSTER			W 50 D 40
Eckernförde	G - L 40	L 40 - G	
Eiderstedt			D 40
Eutin			D 40
Flensburg-Land	L 50 - L 40		
Hzgt. Lauenburg	G - W 40		
Husum	D 40 - D 50		
Norderdithmarschen		D 40 - D 50	
Oldenburg (Holstein)	G - D 40	D 40 - D 50	
Pinneberg	W 40 - W 50		
Plön			G
Rendsburg	G - W 40		
Schleswig			D 40
Segeberg			G
Steinburg	G - W 40		
Stormarn	W 50 - W 60		
Süderdithmarschen	G - W 40		
Südtondern			D 50

ausgeprägt. Der Kreis Eckernförde macht insofern eine Ausnahme, als er 1957 neben Flensburg-Land noch den landwirtschaftlichen Gebieten zuzuordnen war, 1961 aber wieder zu den gemischtwirtschaftlichen Kreisen zählt.

Zurückblickend auf das Jahr 1950 bestätigen die Ergebnisse der regionalen Sozialproduktsberechnung die bekannte Tatsache, daß die kreisfreien Städte sich strukturell weniger verändert haben als die Kreise. Die Städte Kiel und Neumünster sind unter dem Gesichtspunkt der hier angelegten Typisierung von Strukturwandlungen überhaupt nicht berührt worden. Die bereits erwähnte verstärkte Industrialisierung von Flensburg lag nach 1957, im Gegensatz zu Lübeck, wo bereits 1957 die warenproduzierenden Bereiche die Dienstleistungen überholt hatten.

Deutlich starke Veränderungen dagegen treten bei den Landkreisen zutage. 1950 waren noch 8 der 17 Landkreise den gemischtwirtschaftlichen Gebieten zuzuordnen gegenüber drei 1961. Vier dieser Strukturwechsler, nämlich die Kreise Hzgt. Lauenburg, Rendsburg, Steinburg und Süderdithmarschen, erreichten bereits 1957 einen Anteil von über 40% der warenproduzierenden Bereiche am Bruttoinlandsprodukt und gehörten somit zur untersten Stufe der Industriegebiete. Der 1950 noch gemischtwirtschaftliche Kreis Oldenburg (Holstein) erscheint 1961 als Dienstleistungsgebiet mit einem Anteil von über 50%.

Begriffe und Methoden

Als Gemeinschaftsarbeit der Statistischen Landesämter ist inzwischen die Veröffentlichung "Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1957 und 1961" erschienen.¹ Dieses Heft bringt neben den Ergebnissen für alle 566 kreisfreien Städte und Kreise des Bundesgebietes eine ausführliche Darstellung der Berechnungsmethode. Die nachfolgenden methodischen Erläuterungen beschränken sich daher auf das unbedingt Notwendige. Dem fachlich tiefer interessierten Leser wird empfohlen, die vorgenannte Veröffentlichung zur Hand zu nehmen.

Den regionalen Leistungswerten liegt als Berechnungsbasis das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen zugrunde. In dieser Bruttorechnung sind neben den Abschreibungen auch noch die indirekten Steuern enthalten, wie z. B. Tabak-, Mineralölsteuer u. a. In Kreisen mit Industrien dieser Branchen wirkt sich dieser Sachverhalt besonders durch die überdurchschnittlichen "pro-Kopf-Beträge" bei der Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung² und den Beschäftigten aus. Das gilt in Schleswig-Holstein insbesondere für den Kreis Stormarn.

Infolge überregionaler Verflechtungen und mangels genügenden statistischen Materials ist eine Originärberechnung für kleine Gebiete wie kreisfreie Städte und Kreise nicht möglich. Die weitgehend originär ermittelten und mit dem Bundesergebnis

1) Zu beziehen durch das Statistische Landesamt. Preis 5,- DM

2) Wirtschaftsbevölkerung = Wohnbevölkerung \pm Pendlersaldo \times 2. Hierbei wird unterstellt, daß jedem Pendler ein zu unterhaltendes Familienmitglied zuzurechnen ist

abgestimmten Länderwerte wurden daher in 285 relativ homogene wirtschaftliche Teilbereiche untergliedert und den kreisfreien Städten und Kreisen in dieser "Feinstruktur" nach Werten von vorhandenen Hilfsdaten zugerechnet. Da die Hilfsdaten für die Teilbereiche in vielen Fällen wieder aus mehreren Teilen zusammengewogen wurden, gingen praktisch etwa 700 Teilbereiche (Wirtschaftsgruppen, -klassen u. ä.) zur Berücksichtigung der Wirtschaftsstruktur in die Rechnung ein. Es wird also unterstellt, daß die Relation der Werte dieser Hilfsdaten zum Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt in allen kreisfreien Städten und Kreisen gleich ist, was um so mehr zutrifft, je homogener der Bereich ist. Als Hilfsdaten wurden Nettoproduktionswerte, Lohn- und Gehaltssummen, Beschäftigte, Umsätze, Erntemengen, Flächen u. ä. verwendet.

Da in Bundes- und Länderberechnungen von Unternehmensrechnungen ausgegangen wird, weil nur Unternehmen als kleinste bilanzierende Einheiten alle für die Sozialproduktsberechnungen benötigten Daten verfügbar haben, wurde zur besseren Berech-

nung und einheitlichen Abstimmung auch in der Kreisberechnung der wirtschaftssystematische Schwerpunkt der Unternehmen zugrunde gelegt. Für die regionale Aussage sollen aber gerade Werte für Örtliche Einheiten ausgewiesen werden. Die Kreiszahlen wurden daher mit Werten für Örtliche Einheiten bei fachlicher Zuordnung nach dem Unternehmensschwerpunkt ermittelt.

Um mögliche Fehler im statistischen Grundmaterial und in der Zuordnung des Unternehmensschwerpunkts für die Örtlichen Einheiten abzuschwächen, werden die in tiefer wirtschaftlicher Gliederung gewonnenen Zahlen zu vier Hauptbereichen zusammengefaßt. Damit dürfte die Berechnung einen relativ hohen Sicherheitsgrad für das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Kreise sowie der Beiträge der vier zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Die veranlagten Einkommen in Schleswig-Holstein 1961

Teil 1¹

Zur Erfassung der steuerpflichtigen Einkommen des Jahres 1961 wurden drei Erhebungen durchgeführt, und zwar die Lohnsteuerstatistik, deren Ergebnisse im Februar 1964 an dieser Stelle veröffentlicht wurden, die Körperschaftsteuerstatistik, über die im Oktober 1964 berichtet wurde und die Einkommensteuerstatistik, von der im Folgenden die Rede ist².

Über 153 000 Schleswig-Holsteiner mußten für das Jahr 1961 eine Einkommensteuererklärung abgeben. Zu diesen Steuerpflichtigen gehören jedoch noch 250 000 abhängige Familienangehörige, nämlich etwa 120 000 Ehefrauen und 130 000 Kinder, für die die Steuerpflichtigen Kinderfreibeträge erhalten haben. Es waren also 1961 über 400 000 Schleswig-Holsteiner oder beinahe jeder Sechste von der Einkommensteuer betroffen. Über die zur Familie des Steuerpflichtigen zählenden Personen kann allerdings nur wenig gesagt werden, da für die Statistik die steuerlichen Merkmale maßgebend sind. Die Aussagen fußen auf dem Steuerbescheid, dem eine oder mehrere Personen zu Grunde liegen können. Die weiteren Betrachtungen müssen deshalb von den 153 000 Steuerpflichtigen ausgehen. Bei über 8 000 von ihnen ergab sich ohne genauere Prüfung, daß ihr Einkommen unter den Freigrenzen bleiben würde. Es wurde deshalb, um Verwaltungskosten zu sparen, eine Veranlagung nicht durchgeführt, so daß nur 145 000 zur Einkommensteuer veranlagt wurden. Von diesen wiesen über 2 600 kein Einkommen,

sondern einen Verlust nach und mehr als 22 000 waren infolge geringer Einkünfte oder durch Sondervergünstigungen, Freibeträge u. ä. von der Steuer befreit. Die Veranlagung führte also nur in knapp 120 000 Fällen zu einer Steuerbelastung. Die Zahl der Steuerbelasteten hat sich damit gegenüber 1957 um 15% erhöht, während die der Steuerbefreiten um den gleichen Prozentsatz zurückging und die der Verlustfälle kräftig um über ein Fünftel stieg. Insgesamt nahm die Zahl der zur Einkommensteuer veranlagten Schleswig-Holsteiner um fast ein Zehntel zu. Außerdem wurden noch 1 100 Steuerpflichtige veranlagt, die ihren Wohnsitz im Ausland hatten, aber Einkünfte aus in Schleswig-Holstein angelegten Vermögen bezogen. Da die Zahl dieser beschränkt steuerpflichtigen Personen geringfügig und außerdem rückläufig ist, werden sie in der weiteren Darstellung nur am Rande behandelt und die unbeschränkt Steuerpflichtigen in den Mittelpunkt gestellt.

Der Gesamtbetrag der Einkünfte, der sich aus der Summe der sieben verschiedenen Einkunftsarten unter Abzug der ausgeglichenen Verluste ergibt, macht für die mit Einkommen Veranlagten 2,4 Mrd. DM aus und war um zwei Drittel höher als vier Jahre zuvor. Der größte Teil der Einkünfte stammt aus Gewerbebetrieb (1,3 Mrd. DM) und Nichtselbständiger Arbeit (636 Mill. DM). Nach Abzug der Freibeträge und Sonderausgaben ergab sich ein Einkommen von 2,1 Mrd. DM. Es war um sieben Zehntel höher als 1957. Je Steuerpflichtigen steigerte sich das Einkommen von 9 400 DM auf 14 700 DM. Die Veranlagten ohne Einkommen wiesen Ver-

1) Weitere Ergebnisse werden in den nächsten Monatsheften veröffentlicht

2) Erste Ergebnisse sind bereits in den Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 343 (November) behandelt worden

Die Einkommensteuerpflichtigen 1961

Art der Steuerpflicht	Steuerpflichtige	Gesamt- betrag der Einkünfte	Einkommen	Steuer- schuld
		Mill. DM		
Veranlagte mit Einkommen	143 470	2 418	2 113	430
Unbeschränkt Steuerpflichtige	142 345	2 410	2 105	427
Steuerbelastete	119 948	2 293	2 014	427
Steuerbefreite	22 397	117	91	—
Beschränkt Steuerpflichtige	1 125	8	8	3
Veranlagte ohne Einkommen	2 655	— 18	— 54	—
Veranlagte insgesamt	146 125	2 400	2 059	430
Außerdem Nichtveranlagte	8 021	.	.	—

luste in Höhe von 54 Mill. DM nach. Die Verluste waren damit um beinahe zwei Drittel höher als 1957, als es 33 Mill. DM gewesen waren. Im Durchschnitt hatten die Veranlagten ohne Einkommen 21 000 DM Verluste gegenüber 15 000 DM vier Jahre zuvor.

Die beträchtliche Einkommensteigerung in Verbindung mit dem progressiven Steuertarif bewirkte, daß die Jahressteuerschuld bedeutend stärker zunahm als das Einkommen. Die Steuerschuld, die 430 Mill. DM ausmachte, war nämlich fast doppelt so hoch wie 1957. Das Einkommen wurde im Durchschnitt mit 20,4% gegenüber 18% belastet. Geht man von dem Einkommen der Steuerbelasteten aus, die allein die Steuer tragen, so ergibt sich sogar ein Steuersatz von 21,2%.

Erwartungsgemäß haben sich in der Einkommenschichtung größere Verschiebungen ergeben. In den Größenklassen bis 5 000 DM Einkommen hat die Zahl der Steuerpflichtigen zum Teil beträchtlich abgenommen und in den mittleren sowie besonders in denen über 250 000 DM entsprechend zugenommen.

Die Einkünfte

Das Einkommensteuergesetz unterscheidet zwischen sieben Einkunftsarten:

- Land- und Forstwirtschaft
- Gewerbebetrieb
- Selbständige Arbeit
- Nichtselbständige Arbeit
- Kapitalvermögen
- Vermietung und Verpachtung
- Sonstige Einkünfte

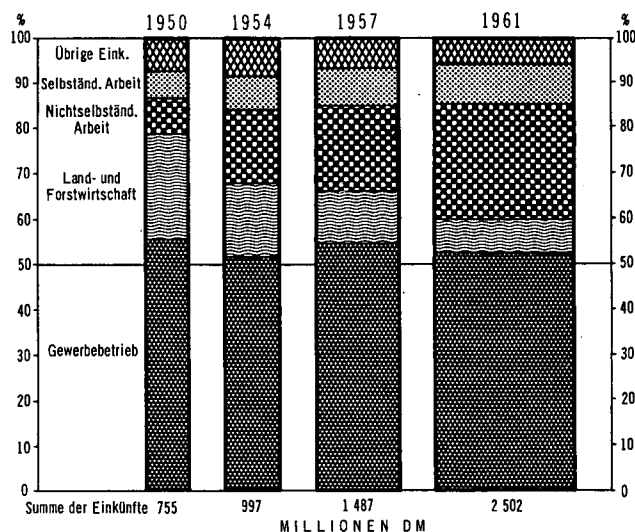
Theoretisch können dem Steuerpflichtigen Einkünfte aus allen sieben Einkunftsarten zufließen. In der Regel sind es jedoch nur selten mehr als zwei. Die Aufgliederung der 142 000 unbeschränkt Steuerpflichtigen nach ihren Einkünften ergab 224 000 Fälle; sie wiesen also im Schnitt zwischen ein und zwei Einkunftsarten nach. Am häufigsten waren 1961 die Fälle

mit Einkünften aus Gewerbebetrieb und am wenigsten solche mit Einkünften aus Selbständiger Arbeit vertreten. Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Kapitalvermögen waren oft als zweite Einkunftsart anzutreffen. Am zahlreichsten war die Verbindung von Einkünften aus Gewerbebetrieb mit solchen aus Vermietung und Verpachtung; auch ihre Kombination mit Einkünften aus Nichtselbständiger Arbeit kommt nicht selten vor. Die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, Nichtselbständiger und Selbständiger Arbeit hatten nicht so häufig Nebeneinkünfte, wie die mit den übrigen Einkunftsarten. Im Durchschnitt wies nur jeder Zweite von Ihnen eine zweite Einkunftsart nach, während jeder der Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und Sonstigen Einkünften mindestens eine zweite auswies. Vergleicht man die Nebeneinkünfte dem Betrag nach, so ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Nebeneinkünfte belaufen sich bei den erstgenannten vier Einkunftsarten auf 6 bis 8% der überwiegenden Einkunftsart und bei den übrigen auf 22 bis 45%. Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, Selbständiger und Nichtselbständiger Arbeit kann man daher als Haupteinkunftsarten bezeichnen.

Die Summe der Einkünfte machte 2,5 Mrd. DM aus und war damit um fast sieben Zehntel höher als 1957. Legt man die Zahl der Einkunftsfälle zugrunde, so ergeben sich je Fall Einkünfte in Höhe von 11 200 DM gegenüber 7 200 DM vier Jahre zuvor. Da jedoch, wie obendargelegt, ein Steuerpflichtiger aus mehreren Einkunftsarten Einnahmen beziehen kann, ist der Betrag je Steuerpflichtigen bedeutend höher. Fast 17 600 DM wiesen die unbeschränkt mit Einkommen

D - 3473

DIE ENTWICKLUNG DER EINKÜNFTE der Einkommensteuerpflichtigen



Die Einkunftsarten der unbeschränkt Steuerpflichtigen

Einkunftsart	Fälle					Beträge				
	1957		1961		Veränderung in %	1957		1961		Veränderung in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		1 000 DM	%	1 000 DM	%	
Land- und Forstwirtschaft	24 437	12	20 191	9	- 17	171 932	12	183 559	7	+ 7
Gewerbebetrieb	69 471	34	69 501	31	+ 0	808 265	54	1 302 853	52	+ 61
Selbständige Arbeit	9 441	5	11 701	5	+ 24	127 102	9	231 471	9	+ 82
Nichtselbständige Arbeit	35 083	17	57 762	26	+ 65	279 221	19	635 508	25	+ 128
Kapitalvermögen	26 447	13	19 313	9	- 27	29 377	2	53 333	2	+ 82
Vermietung und Verpachtung	33 497	16	32 486	15	- 3	65 627	4	86 418	3	+ 32
Sonstige Einkünfte	8 494	4	12 768	6	+ 50	5 245	0	8 831	0	+ 68
Summe der Einkünfte	206 870	100	223 722	100	+ 8	1 486 767	100	2 501 974	100	+ 68

Veranlagten im Durchschnitt nach. Dabei ergaben sich in den einzelnen Einkunftsarten bedeutende Unterschiede.

Land- und Forstwirtschaft

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft entstehen aus der nicht gewerblichen Bodenbewirtschaftung, also der Gewinnung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen mit Hilfe des Kulturbodens. Maßgebend ist der Gewinn, der aus dieser Tätigkeit entsteht. Er wird entweder mit Hilfe der Buchführung oder von Durchschnittssätzen oder durch Schätzung ermittelt. Zur Buchführung sind nur die größeren Landwirte verpflichtet, bei kleineren Landwirten wird der Gewinn entweder nach Durchschnittssätzen, denen der Einheitswert zugrunde liegt (VOL),³ ermittelt, sofern deren Umsätze eine bestimmte Höhe nicht überschreiten, oder geschätzt.

Auf diese Art der Gewinnermittlung ist es zurückzuführen, daß die Zahl der Fälle mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft rückläufig ist und die Beträge nur schwach steigen. Insbesondere trifft dies für die VOL-Landwirte zu, da ihre Gewinne auf den veralteten Einheitswerten von 1935 basieren, die Abschreibungen z. B. für Maschinen aber nach den heutigen Werten vorgenommen werden können. Daher fallen ihre an sich schon niedrigen Gewinne unter die außerdem noch gegenüber 1957 erhöhten Freibeträge. Die Masse der Land- und Forstwirte unterliegt nicht der Einkommensteuer. Nur 20 000 Steuerpflichtige, also etwa ein Drittel der Land- und Forstwirte in Schleswig-Holstein, wurden zur Einkommensteuer veranlagt. Ihre Zahl hat sich um ein Sechstel verringert und macht nur noch knappe ein Zehntel aller veranlagten Fälle gegenüber 12% im Jahre 1957 aus. Ihre Einkünfte stiegen nur um 7% auf 184 Mill. DM und stellten damit 7% aller Einkunftsarten; 1957 waren es noch 12% gewesen. Auf den Fall umgerechnet ergibt sich ein Betrag

von 9 100 DM. Damit bewegen sich die durchschnittlichen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft ebenso wie 1957 unter denen der anderen drei Haupteinkunftsarten und liegen immer mehr unter dem Gesamtbetrag. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft nicht selten Nebeneinkünfte für Steuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb oder Nichtselbständiger Arbeit sind. Da es sich hier meist um geringe Beträge handelt, drücken sie den Durchschnittsbetrag. Die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, also die hauptberuflichen Landwirte, liegen nämlich mit ihrem Durchschnittsbetrag höher, und zwar bei 11 700 DM.

Gewerbebetrieb

Eine gewerbliche Tätigkeit im Sinne des Einkommensteuergesetzes liegt vor, wenn sie auf Gewinnerzielung gerichtet ist, auf eigene Rechnung und Gefahr sowie berufsmäßig ausgeübt wird. Das ist einmal beim Einzelunternehmer der Fall, aber auch beim Mitunternehmer einer Personengesellschaft sowie beim persönlich haftenden Gesellschafter einer KGaA; nicht dagegen bei einem stillen Gesellschafter, der wirtschaftlich die Stellung eines Darlehensgebers hat.

In Schleswig-Holstein hatten fast 70 000 Steuerpflichtige nur oder neben anderen Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit. Ihre Zahl hat sich kaum verändert, daher ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Fälle von einem Drittel im Jahre 1957 auf drei Zehntel zurückgegangen. Auch der Anteil dieser Einkunftsart an der Summe der Einkünfte verminderte sich trotz einer Steigerung um sechs Zehntel von 54% auf 52%. Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb stellen aber immer noch die größte Zahl der Fälle und mit 1,3 Mrd. DM die bei weitem höchsten Beträge aller Einkunftsarten, nämlich über die Hälfte. Ihr Betrag je Fall liegt mit 18 700 DM weit über dem Durchschnitt, jedoch ebenso wie 1957 erst an zweiter Stelle hinter denen der Selbständigen Arbeit. Da die meisten Steuerpflichtigen mit

³) Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft vom 2. Juni 1949, WiGBl. S. 95

Einkünften aus Gewerbebetrieb diese auch als Haupteinkunftsquelle ausweisen, steigt der Durchschnittsbetrag je Steuerpflichtigen bei einer Gliederung nach der überwiegenden Einkunftsart nur auf 21 800 DM.

Selbständige Arbeit

Das Kennzeichen der Selbständigen Arbeit besteht darin, daß sie ausschließlich oder fast ausschließlich auf der persönlichen Arbeitskraft des Steuerpflichtigen beruht. Er kann sie in der Regel erst auf Grund besonderer Ausbildung oder persönlicher Fähigkeiten ausüben. Die Einkünfte aus Selbständiger Arbeit sind in der Hauptsache solche aus freiberuflicher Tätigkeit, wie etwa die der Ärzte, Rechtsanwälte und Notare, Steuerberater und auch Lotsen.

Die Einkunftsfälle aus freiberuflicher Tätigkeit haben um ein Viertel auf 11 700 zugenommen und stellten damit wie 1957 5% aller Fälle. Sie sind der Zahl nach von allen Einkunftsarten am schwächsten vertreten. Auch der Anteil am Betrag ist nicht sehr hoch. Mit 231 Mill. DM waren weniger als ein Zehntel der Einkünfte solche aus freiberuflicher Tätigkeit. Sie nahmen jedoch kräftig, nämlich um über acht Zehntel, zu und wiesen mit 19 800 DM den höchsten Durchschnittsbetrag aus. Da relativ viele Steuerpflichtige die freiberufliche Tätigkeit nur nebenberuflich ausüben, erhöht er sich sogar noch bei den überwiegend freiberuflich Beschäftigten auf 32 000 DM, womit er an der Spitze aller Einkunftsarten steht.

Nichtselbständige Arbeit

Die Einkünfte aus Nichtselbständiger Arbeit umfassen Bezüge, die abhängig Beschäftigte im öffentlichen oder privaten Dienst aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis beziehen. In der Regel werden diese Einkünfte nach dem Steuerabzugsverfahren und nicht durch Veranlagung besteuert. Deshalb werden hier nur die Steuerpflichtigen mit hohen Löhnen und Gehältern und solche, bei denen besondere Voraussetzungen gegeben sind, etwa Sonderabschreibungen nach dem § 7b EStG, erfaßt.

Die der Veranlagung unterliegenden Lohn- und Gehaltsempfänger repräsentieren sowohl der Zahl als auch dem Betrage nach nur einen geringen Teil der Arbeitnehmer. Ihre Zahl hat sich beachtlich erhöht. Sie nahm gegenüber 1957 um zwei Drittel zu und hat sich damit am kräftigsten ausgedehnt. Das ist vor allem auf die gestiegene Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen auf Wohngebäude, die bei Lohnsteuerpflichtigen zu Veranlagung führt, und die geänderten Veranlagungsvorschriften für Ehepaare, die beide Einkünfte aus unselbständiger Arbeit beziehen, zurückzuführen. Der Anteil der Fälle mit Einkünften aus Nichtselbständiger Arbeit stieg von einem Sechstel auf über ein Viertel. Auch der Betrag dieser Einkünfte nahm beträchtlich, nämlich um 128% auf 636 Mill. DM, zu. Diese Zunahme wurde einmal durch die oben dargestellte zusätzliche Zahl der

Veranlagten und zum anderen auch durch die höheren Löhne und Gehälter verursacht; stiegen doch die durchschnittlichen Einkünfte aus unselbständiger Arbeit von 8 000 DM im Jahre 1957 auf 11 000 vier Jahre später.

Kapitalvermögen

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen sind Einnahmen, die der Steuerpflichtige aus der Anlage seines Geldkapitals bezieht, also etwa die Dividende aus seiner Beteiligung an einer AG, KGaA oder GmbH sowie die Gewinnanteile als stiller Gesellschafter und Zinsen aus Hypotheken, Darlehen usw. Die Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen wird zum Teil – ähnlich der Lohnsteuer – im Steuerabzugsverfahren erhoben. Diese Einkommensteuer wird Kapitalertrag- oder auch Couponsteuer genannt.

Die Zahl der Veranlagten mit Kapitalerträgen ist rückläufig. Sie verringerte sich um drei Zehntel, so daß nur noch jeder Zehnte der veranlagten Fälle Einkünfte aus Kapitalvermögen nachwies. Die Einkünfte stiegen dagegen überdurchschnittlich um über acht Zehntel auf 53 Mill. DM. Sie stellen aber wie 1957 nur 2% aller Einkünfte. Der niedrige Betrag von 2 800 DM je Fall läßt erkennen, daß die meisten Steuerpflichtigen neben diesen noch andere Einkünfte bezogen haben. Nur 1 300 Steuerpflichtige "lebten" von ihrem Kapital, das sich für sie allerdings auf durchschnittlich 29 200 DM belief, also mehr als zehnmal so hoch war wie das aller Fälle mit Einkünften aus Kapitalvermögen.

Die Einkünfte der unbeschränkt Steuerpflichtigen gegliedert nach der überwiegenden Einkunftsart

Einkunftsart	Steuerpflichtige	Summe der Einkünfte	
		1 000 DM	je Steuerpflichtigen in DM
Steuerpflichtige mit Einkünften überwiegend aus			
Land- und Forstwirtschaft	15 720	184 265	11 722
Gewerbebetrieb	61 287	1 338 229	21 835
Selbständiger Arbeit	7 284	233 197	32 015
Nichtselbständiger Arbeit	49 585	647 551	13 059
Kapitalvermögen	1 287	37 603	29 218
Vermietung und Verpachtung	6 909	59 380	8 595
Sonstigen Einkünften	273	1 748	6 403
Insgesamt	142 345	2 501 974	17 577

Vermietung und Verpachtung

Es handelt sich hier in erster Linie um Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von unbeweglichen Vermögen (Grundstücke, Gebäude, Schiffe, Fischereirechte u. ä.) sowie um den Nutzungswert der Wohnung im eigenen Haus. Die Ermittlung dieser Einkünfte geschieht durch die Gegenüberstellung von Einnahmen und Werbungskosten. Unter letzterem ist der Erhaltungsaufwand, Absetzungen für Abnutzungen, Schuldzinsen u. ä. zu verstehen.

Die Zahl der Fälle mit Einkünften aus Vermietung und Verpachtung ist leicht rückläufig, macht aber immer noch 15% aller Einkunftsfälle aus. Der Anteil wäre noch höher, wenn alle Eigenheimbesitzer mit dem Nutzungswert ihrer Wohnung veranlagt würden. Dieser ist jedoch durch die niedrigen Einheitswerte für bebaute und unbebaute Grundstücke so gering, daß er entweder die erhöhten Abschreibungen nach § 7b EStG oder die Freigrenzen nicht übersteigt. Erhöhungen der Mieten und Pachten führten jedoch dazu, daß die Beträge um ein Drittel auf 86 Mill. DM gestiegen sind, sie machen jedoch nur 3% aller Einkünfte aus. Bei den wenigen Steuerpflichtigen, die ihre Einkünfte hauptsächlich aus Vermietung und Verpachtung beziehen, es sind knapp 7 000, überstiegen die Einnahmen die Werbungskosten um durchschnittlich 8 600 DM.

Sonstige Einkünfte

Diese siebente Form ist eine Ersatzeinkunftsart, d. h. die Einkünfte sind nur dann als "sonstige" zu behandeln, wenn sie

nicht anders zugeordnet werden können. Zu den Sonstigen Einkünften zählen Renten und andere wiederkehrende Bezüge sowie Einkünfte aus Spekulationsgeschäften und Leistungen, wie etwa gelegentlichen Vermittlungen.

Die Sonstigen Einkünfte spielen neben den anderen Einkunftsarten nur eine untergeordnete Rolle. Sie dehnten sich jedoch sowohl der Zahl als auch dem Betrage nach kräftig aus. Die Fälle nahmen um die Hälfte auf 12 800 zu und stellten damit 6% aller Fälle, also mehr als die aus Selbständiger Arbeit. Die Beträge nahmen sogar um mehr als zwei Drittel auf 8,8 Mill. DM zu; sind aber mit einem Durchschnittswert von 700 DM unbedeutend. Das zeigt deutlich, daß es sich fast ausschließlich um Nebeneinkünfte handelt. Die Gliederung der Steuerpflichtigen nach ihrer überwiegenden Einkunftsart bestätigt dies. Nicht einmal 1% der Fälle mit Sonstigen Einkünften wiesen diese als Haupteinkunftsart nach. Sie hatten jedoch immerhin einen Durchschnittsbetrag von 6 400 DM, der allerdings weit unter dem aller anderen liegt.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Das Bauhauptgewerbe 1964

Vergleich 1964 mit 1963

Die Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe (Ende Juni) hat sich gegenüber dem vorjährigen Stand nicht mehr erhöht. Lediglich bei den Lehrlingszahlen ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Bei den geleisteten Arbeitsstunden ergab sich in der Monatssumme ebenfalls keine nennenswerte Veränderung. Wird jedoch die unterschiedliche Zahl der Arbeitstage ausgeschaltet - im Juni 1964 waren es 21,8 gegen 19 Arbeitstage im Juni 1963 -, dann ist die arbeits-tägliche Leistung zurückgegangen, und zwar von 617 000 Arbeitsstunden im Juni 1963 auf 540 000 Arbeitsstunden im Juni 1964. Wie schon im vorhergehenden Jahr wurden für den Öffentlichen und Verkehrsbau zusammen genommen mehr Arbeitsstunden geleistet als für den Wohnungsbau. Löhne und Gehälter zusammen erhöhten sich von 55 Mill. DM im Juni 1963 auf knapp 61 Mill. DM im Juni 1964 oder um gut ein Zehntel. Der Gesamtumsatz im Juni 1964 machte rund 161 Mill. DM aus und lag damit um gut 15% über dem vergleichbaren Umsatz des Vorjahres. Im Öffentlichen Verkehrsbau war die Umsatz-zunahme mit + 18% etwas lebhafter als im Durchschnitt.

Im vorhergehenden Jahr, d. h. von Juli 1962 bis Juni 1963, waren die Beschäftigtenzahlen noch um beinahe 5% gestiegen, die Arbeitsstunden

hatten um 4% zugenommen, Löhne und Gehälter um 17%. Der Gesamtumsatz im Juni 1963 war dagegen um etwa 5% geringer als im Juli 1962. Die Vergleichbarkeit mit dem Berichtsjahr ist zwar infolge der unterschiedlichen Stichtage etwas beeinträchtigt, das dürfte aber nur die absoluten Werte der Veränderungsraten be-rühren und nicht die Entwicklungsrichtung.

Bauhauptgewerbe Juni 1964 und Juni 1963

	Juni 1964	Juni 1963	Verän- derung in %	dagegen Juni 1963 zu Juli 1962 in %
Beschäftigte	70 651	70 728	- 0	+ 5
darunter				
Baufacharbeiter ¹	25 389	25 461	- 0	+ 3
Helfer und Hilfsarbeiter	23 703	24 677	- 4	+ 7
Lehrlinge u. ä.	4 059	3 925	+ 3	- 7
Löhne (1 000 DM)	57 179	51 733	+ 11	+ 17
Gehälter (1 000 DM)	3 596	3 273	+ 10	+ 17
Arbeitsstunden (1 000 Std.)	11 765	11 720	+ 0	+ 4
darunter für				
Öffentl. und Verkehrsbau	5 080	5 023	+ 1	+ 6
Wohnungsbau	4 854	4 715	+ 3	+ 4
Umsatz (Mill. DM)	160,5	139,1	+ 15	- 5
darunter für				
Öffentl. und Verkehrsbau	76,3	64,5	+ 18	- 8
Wohnungsbau	60,5	52,4	+ 15	- 1

1) ohne Hilfspoliere, Hilfsmeister und Fachvorarbeiter

DER HAUSHALT DES LANDES 1965

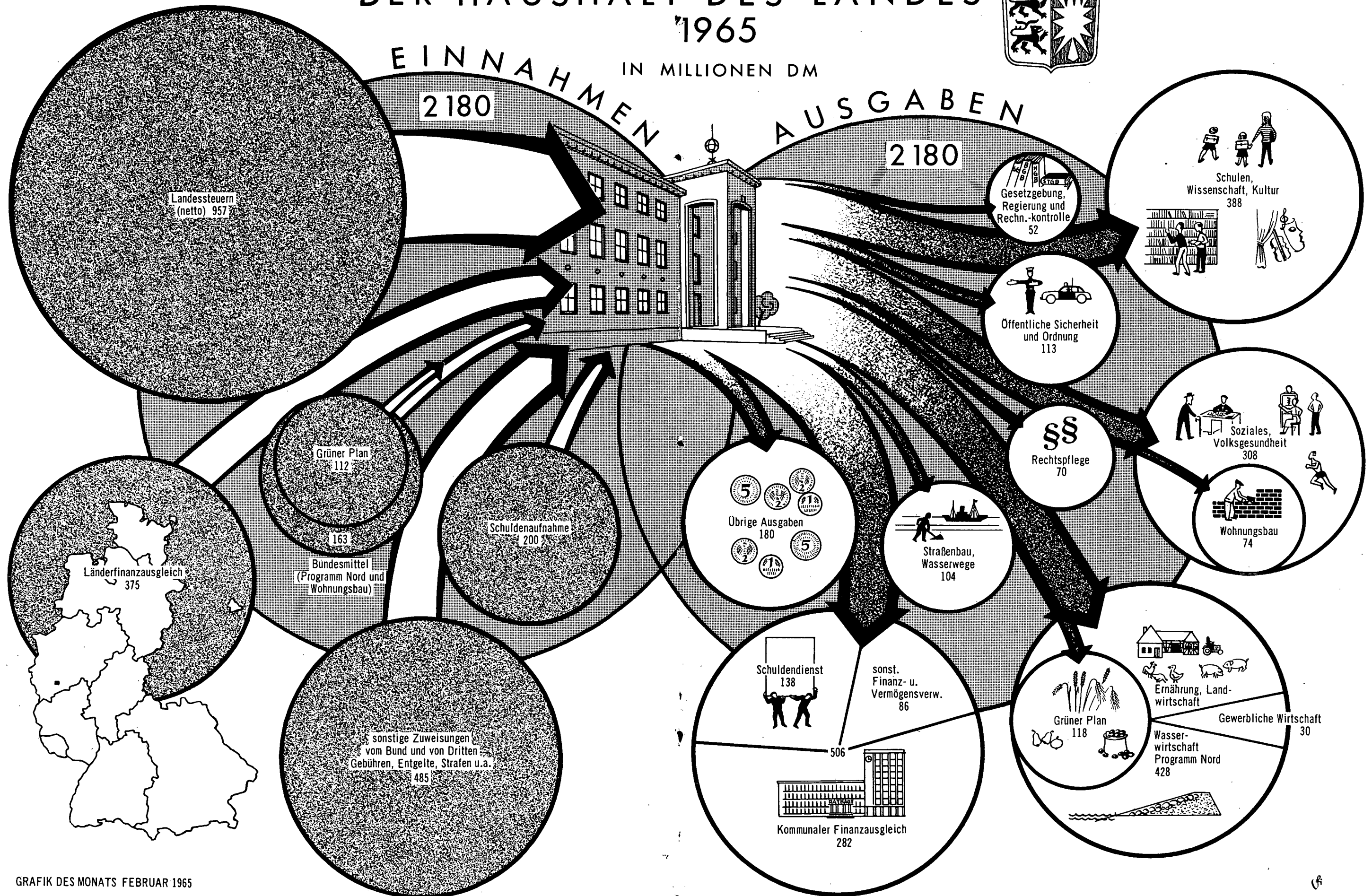


IN MILLIONEN DM

EINNAHMEN AUSGABEN

2180

2180



Die Geräteausstattung hat sich bei allen wesentlichen Geräten erhöht. Die mengenmäßige Zunahme des Bestandes gibt allein schon einen Hinweis auf die vermehrte Leistungsfähigkeit des Bauhauptgewerbes. Über die qualitativen Verbesserungen sagt sie nur wenig aus. Es ist aber mit hinreichender Sicherheit anzunehmen, daß die Erhöhung der Leistungsfähigkeit infolge der qualitativen Verbesserungen des Geräteparks weit über das hinausgeht, was die reinen Mengenveränderungen anzeigen. Es sei hier noch auf einige Geräte hingewiesen, die neu in die Nachweisungen aufgenommen wurden, wie Putzmaschinen, Autokrane und Mobilkrane, mit deren Hilfe die Leistung am Bau ganz erheblich gesteigert werden kann. Aber auch bei den "klassischen" Geräten wie Betonmischer, Förderbänder, Bauaufzüge und Lastkraftwagen sind durchaus beachtliche Bestandserhöhungen eingetreten, wie sich aus nachstehender Tabelle im einzelnen ergibt.

Die wichtigsten Veränderungen des Gerätbestandes

Ausgewählte Geräte	Gerätebestand Ende		Veränderungen	
	Juni 1964	Juni 1963		
	Stück		absolut	%
Last- (Nutz-) kraftwagen insg.	3 213	2 850	+ 363	+ 13
davon über 5 t } Nutzlast	1 098	849	+ 249	+ 29
unter 5 t }	2 115	2 001	+ 114	+ 6
Betonmischer insgesamt	5 537	5 199	+ 338	+ 7
dar. unter 250 l Trommelinhalt	4 509	4 167	+ 342	+ 8
Bagger insgesamt	1 343	1 187	+ 156	+ 13
dar. unter 0,5 cbm Löffelinhalt	1 108	982	+ 126	+ 13
Förderbänder	1 397	1 245	+ 152	+ 12
Straßenwalzen insgesamt	538	455	+ 83	+ 18
darunter bis 8 t	383	315	+ 68	+ 22
Bauaufzüge	2 270	2 217	+ 53	+ 2
Planierdrauen	699	649	+ 50	+ 8
Turmdrehkrane	303	258	+ 45	+ 17
Kompressoren	581	538	+ 43	+ 8

Betriebe und Beschäftigte nach Gewerbezweigen und Größenklassen

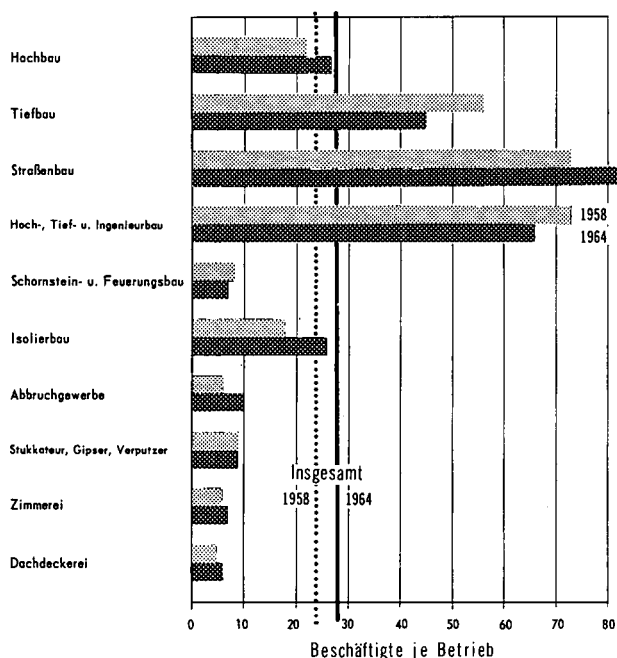
Die nachstehenden Ausführungen sollen einen kurzen Einblick in die derzeitige Struktur des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes vermitteln. Ende Juni 1964 gab es über 2 500 Betriebe mit knapp 71 000 Beschäftigten. Die meisten Betriebe und Beschäftigten waren mit Schwerpunkt im Hochbau tätig. Hier ist auch das Verhältnis von Klein-, Mittel- und Großbetrieben einigermaßen ausgewogen.

In den kombinierten Betrieben des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaues sind die Großbetriebe mit 100 und mehr Beschäftigten vorherrschend. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten dieses Gewerbezweiges arbeiten in Großbetrieben. Ähnlich liegen die Dinge auch im Tiefbau. Ebenfalls deutlich großbetrieblichen Charakter hat der Straßenbau, was durch die Eigenarten der auszuführenden Bauarbeiten und die Verwendung von Großgeräten zu erklären ist. Auf die obengenannten vier Gewerbezweige entfallen fast zwei Drittel aller Betriebe und über neun Zehntel aller Beschäftigten des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes. Das restliche Drittel der Betriebe mit einem knappen Zehntel aller Beschäftigten verteilt sich auf acht zum Teil weitgehend spezialisierte Gewerbezweige wie Zimmerei, Dachdeckerei, Brunnenbau usw. Da zu diesem Drittel der Betriebe nur etwa ein Zehntel der Beschäftigten gehören, ist schon auf den ersten Blick zu erkennen, daß hier die Kleinbetriebe strukturbestimmend sind; von rund 800 Betrieben dieser Gewerbezweige wurden nur 2 Betriebe mit jeweils über 100 Beschäftigten festgestellt. Das Schwergewicht liegt hier eindeutig bei den Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten. Die Dachdecker haben im Schnitt 6 Beschäftigte, die Zimmerei-

Betriebe und Beschäftigte in den Gewerbezweigen am 30. Juni 1964

Gewerbezweig	Insgesamt		davon in der Größenklasse mit ... Beschäftigten		
			1 - 19	20 - 99	100 und mehr
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe		
Hoch- und Ingenieurhochbau	1 191	31 857	720	427	44
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	188	12 331	61	87	40
Tief- und Ingenieurbau	212	10 729	95	86	31
Straßenbau	112	9 283	30	51	31
Zimmerei und Ingenieurholzbau	448	3 151	424	24	-
Dachdeckerei	277	1 705	264	13	-
Brunnenbau	41	678	36	4	1
Isolierbau	23	596	16	6	1
Stukkateure, Gipser, Verputzer	14	129	12	2	-
Abbruch-, Spreng- u. Entrümmerungsgewerbe	11	114	10	1	-
Schornstein- und Feuerungsbau	12	78	10	2	-
Betriebe insgesamt	2 529	.	1 678	703	148
Beschäftigte insgesamt	.	70 651	12 437	31 537	26 677

Die Betriebsgröße im Bauhauptgewerbe



betriebe kommen auf durchschnittlich 7 Beschäftigte; demgegenüber hat der Straßenbaubetrieb im Durchschnitt 83 Beschäftigte, der Tief- und Ingenieurbau 50, der Hoch- und Ingenieur-Hochbau 27 Beschäftigte.

Strukturveränderungen

In einer wachsenden Volkswirtschaft wird es immer Bereiche geben, die kräftiger als die gesamte Wirtschaft expandieren, während andere hinter dem allgemeinen Wachstum und gegenüber sehr dynamischen Zweigen zurückbleiben. Dieser Umstellungsprozeß verlangt ständige Anpassung der Unternehmen und Betriebe - auch der Beschäftigten - an neue ökonomische, technische und soziale Bedingungen. Auch das Bauhauptgewerbe bleibt davon nicht

verschont. Neue Baustoffe, neue Baumaschinen und Geräte einerseits, verkürzte Arbeitszeit bei steigenden Lohnkosten andererseits zwingen den Bauunternehmer, laufend seine Überlegungen zu überprüfen, um die jeweils optimale Kombination von Arbeitskräften, Maschinen und Material zu finden. Wenn die Anpassungsschwierigkeiten bislang kein großes Gewicht erlangt haben, dann liegt das nicht zuletzt an der anhaltend guten Baukonjunktur, die diese Schwierigkeiten weitgehend überdeckte. Wie werden sich aber die Dinge entwickeln, wenn Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht kommen, oder gar mehr Angebot an Bauleistungen als Nachfrage vorhanden sein sollte und damit ein Ausweichen in höhere Preise Grenzen hat? Die eingangs kurz skizzierte Entwicklung von 1963 auf 1964, die durch stagnierende Beschäftigtenzahlen und Arbeitsstunden bei steigenden Lohnkosten und weiterhin großem Maschinenbestand gekennzeichnet ist, könnte schon als erster Hinweis eines Umschwunges auf dem Baumarkt angesehen werden. Unter diesen Gesichtspunkten müssen die bereits erkennbaren Strukturveränderungen und die zukünftig zu erwartenden gesehen werden. In einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, und zwar von 1958 bis 1964 wuchs bei anhaltend guter Baukonjunktur und Vollbeschäftigung in der Gesamtwirtschaft das Arbeitskräftepotential im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe um gut 9%. Die Zahl der Betriebe ging in der gleichen Zeit um knapp 5% zurück. Aus dieser Gegenläufigkeit ergibt sich, daß im Bauhauptgewerbe - wie in anderen Wirtschaftsbereichen auch - der generelle Entwicklungstrend zu größeren Produktionseinheiten hinführt. Während Ende Juli 1958 der durchschnittliche Betrieb im Bauhauptgewerbe weniger als 25 Beschäftigte hatte, waren es Ende Juni 1964 rund 28, was einer Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße um etwa 15% entspricht, wenn man die Betriebsgröße etwas einseitig an den Beschäftigtenzahlen mißt. Die Entwicklung der durchschnittlichen Be-

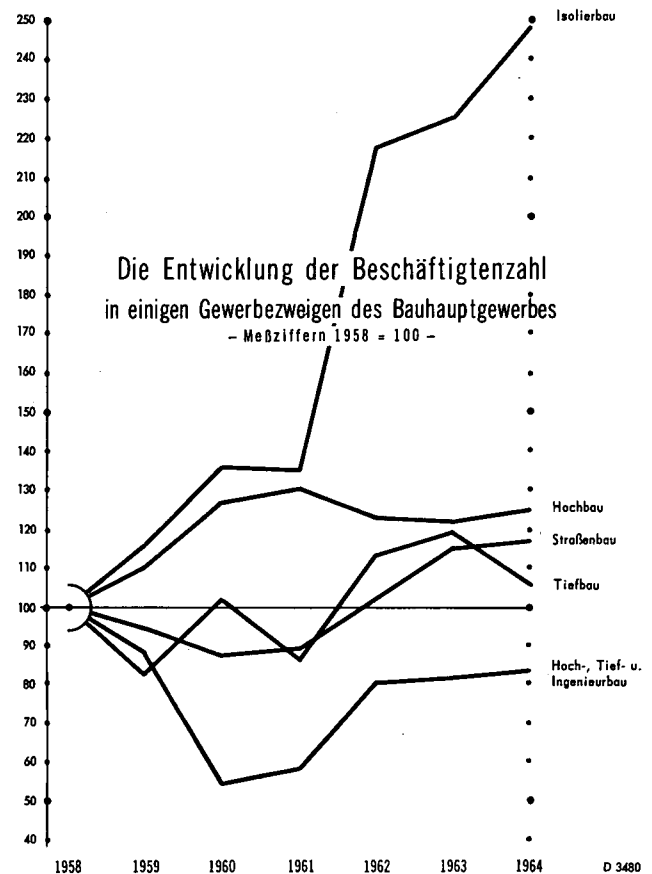
Veränderungen der Betriebe und Beschäftigten in den Gewerbebezügen von 1958 zu 1964

Gewerbebezug	Betriebe		Veränd. in %	Beschäftigte		Veränd. in %
	31.7.1958	30.6.1964		31.7.1958	30.6.1964	
Hoch- und Ingenieurhochbau	1 175	1 191	+ 1,4	25 489	31 857	+ 25,0
Hoch-, Tief- u. Ingenieurbau	202	188	- 6,9	14 845	12 331	- 16,9
Tief- und Ingenieurbau (einschl. Brunnenbau)	192	253	+ 31,8	10 791	11 407	+ 5,7
Straßenbau	109	112	+ 2,8	7 925	9 283	+ 17,1
Zimmerei und Ingenieurholzbau	575	448	- 22,1	3 354	3 151	- 6,1
Dachdeckerei	359	277	- 22,8	1 886	1 705	- 9,6
Isolierbau	13	23	+ 76,9	240	596	+ 148,3
Stukkateure, Gipsler, Verputzer	7	14	+ 100,0	64	129	+ 101,6
Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe	10	11	+ 10,0	56	114	+ 103,6
Schornstein- und Feuerungsbau	13	12	- 7,7	105	78	- 25,7
Insgesamt	2 655	2 529	- 4,7	64 755	70 651	+ 9,1

schäftigtenzahl ist aber nur eines der Merkmale von Strukturveränderungen. Außerdem sind die aus umfangreichen Investitionen in Baumaschinen und Geräten resultierenden Wirkungen auf die innere Struktur und damit auch auf den Produktionsablauf im Bauhauptgewerbe zu berücksichtigen. Ein Baubetrieb ist daher im allgemeinen heute erheblich leistungsfähiger als vor einigen Jahren, auch wenn er jetzt unter Umständen weniger Beschäftigte als früher hat. Mit anderen Worten: der Umstellungsprozeß ist viel tiefgreifender gewesen, als es die einfach greifbare Zahl der zunehmenden durchschnittlichen Betriebsgröße auszudrücken vermag. Er hat auch in einzelnen Gewerbezweigen zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt.

Im Hoch- und Ingenieur-Hochbau waren - bei geringfügig vermehrter Betriebszahl - ungefähr 6 400 Beschäftigte (+ 25%) mehr als vor sechs Jahren vorhanden. Ähnlich verhält es sich im Straßenbau, wo die Beschäftigtenzahl um gut 17% anstieg. Demgegenüber ging die Beschäftigtenzahl der im Hochbau- und Tiefbau tätigen Betriebe um etwa 17% zurück; auch die Betriebszahl war hier rückläufig (- 7%). Hieraus ist zu vermuten, daß die Spezialisierung auf nur eine Bautätigkeit - entweder Hochbau oder Tiefbau - für vorteilhafter angesehen wird als die Kombination beider. Der Zug zur Spezialisierung tritt ferner deutlich hervor, wenn man die Entwicklung in einigen zahlenmäßig zwar weniger bedeutenden, für die Frage der Spezialisierung aber um so interessanteren Gewerbezweigen betrachtet: Im Isolierbau nahm nicht nur die Zahl der Betriebe (+ 77%) kräftig zu, sondern auch der Beschäftigtenbestand (+ 148%). Bei den Stukkateuren, Gipsern und Verputzern - wobei es sich in Schleswig-Holstein in der Hauptsache um Verputzerbetriebe handeln dürfte - verlief die Entwicklung in der gleichen Richtung; die Zahl der Betriebe war 1964 doppelt so hoch wie 1958! Auf der anderen Seite konnten "klassische" Baugewerbezweige wie Zimmerer und Dachdecker trotz Anpassung an veränderte Bedingungen der Bautechnik den Stand von 1958 nicht behaupten: In beiden Zweigen verminderte sich die Betriebszahl um mehr als ein Fünftel, die Beschäftigten gingen in der Zimmerei um 6%, in den Dachdeckereien sogar um nahezu ein Zehntel zurück.

Neben diesen Strukturveränderungen, deren Ergebnisse quantitativ registrierbar sind, gehen



ständig interne Umstellungen vor sich, die als qualitativ innerbetriebliche Vorgänge unmittelbar kaum meßbar sind. Es handelt sich hierbei z. B. um die Spezialisierung eines Bauunternehmens oder eines Unternehmensteiles auf die Verlegung von schwimmenden Estrichen, die Herstellung und den Einbau von Holz- und Betontreppen und vieles anderes mehr. Auch die Übernahme neuer technischer Verfahren sowie die Verwendung vorgefertigter Bauteile und neue Formen betrieblicher Kooperation, wie sie in Arbeitsgemeinschaften praktiziert werden, verbessern die Qualität der Bauunternehmen. Für eine Beurteilung der Situation im Bauhauptgewerbe müssen diese, der Statistik kaum zugänglichen Sachverhalte mitberücksichtigt werden.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Das Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein und dem Bund 1958 - 1963" im Stat. Monatsh. S. - H. 1964, S. 225 (September)

Der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein in den Sommerhalbjahren 1963 und 1964

Der Fremdenverkehr hat sich in Schleswig-Holstein in den Sommerhalbjahren 1963 und 1964 weiter ausgedehnt. Im Jahre 1962 waren die Übernachtungszahlen erstmals seit Beginn der Aufzeichnungen nach dem Kriege leicht zurückgegangen. In den darauffolgenden beiden Jahren stiegen sie wieder an. Im Sommerhalbjahr 1963 wurden die Beherbergungsbetriebe und Privatquartiere von 1,38 Mill. Gästen, im Sommerhalbjahr 1964 von 1,41 Mill. übernachtenden Gästen besucht. Die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich in derselben Zeit von 10,1 Mill. um 7% auf 10,8 Mill.

In den genannten Zahlen sind die Fremdenmeldungen und -übernachtungen der Kinder und Jugendlichen in den eigens für sie eingerichteten Unterkunftsstätten (Kinderheime und Jugendherbergen) sowie alle Meldungen und Übernachtungen auf Zeltplätzen nicht enthalten. Sie rechnen nicht zum allgemeinen Fremdenverkehr und sind auch in den folgenden Angaben nicht enthalten. Die Zahl der Übernachtungen in ihnen machte im Sommerhalbjahr 1964 5,18 Mill. aus, so daß insgesamt während der letzten Saison (vom 1. 4. bis 30. 9. 1964) in Schleswig-Holstein über 16 Mill. Fremdenübernachtungen ermittelt wurden.

Durch diese recht eindrucksvolle Zahl wird natürlich das wirtschaftliche Geschehen in unserem Lande beeinflusst. Infolge des Fortfalls der mecklenburgischen, pommerschen und ostpreußischen Ostseeküste für den Fremdenverkehr nach dem letzten Kriege konzentriert sich der Strom der Reisenden in die Seebäder insbesondere auf Schleswig-Holstein. Es ist daher zu vermuten, daß in Schleswig-Holstein der Anteil des Fremdenverkehrsgewerbes am Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu anderen Ländern der Bundesrepublik relativ hoch liegt. Exakte Aussagen hierüber können jedoch nicht gemacht werden, da speziell für das Fremdenverkehrsgewerbe aus der Sozialproduktsberechnung keine Angaben vorliegen. Um einen ungefähren Anhaltspunkt darüber zu gewinnen, welche Bedeutung dem Fremdenverkehr in unserem Lande zukommt, bietet sich als Hilfsmittel an, die Bevölkerungszahl der einzelnen Länder der Bundesrepublik in Beziehung zu den Fremdenübernachtungen zu setzen. Hierbei zeigt sich, daß Schleswig-Holstein mit Abstand an führender Stelle liegt.

Nicht nur während des Sommerhalbjahres sondern auch während des gesamten Fremdenverkehrsjahres 1963 (1. 10. 1962 bis 30. 9. 1963) wurden in unserem Lande mehr Fremdenübernachtungen je Einwohner gezählt als in

Fremdenübernachtungen 1963 je Einwohner
in den Ländern der Bundesrepublik

	Fremden- verkehrs-jahr 1963	davon	
		Winter- halbjahr 1962/63	Sommer- halbjahr 1963
Schleswig-Holstein	4,8	0,6	4,3
Hamburg	1,5	0,6	0,9
Niedersachsen	2,4	0,6	1,8
Bremen	0,9	0,4	0,5
Nordrhein-Westfalen	1,2	0,5	0,7
Hessen	3,5	1,2	2,3
Rheinland-Pfalz	2,3	0,7	1,7
Baden-Württemberg	3,5	1,0	2,5
Bayern	4,1	1,1	3,1
Saarland	0,4	0,2	0,3
Berlin (West)	0,8	0,3	0,5
Insgesamt	2,6	0,7	1,8

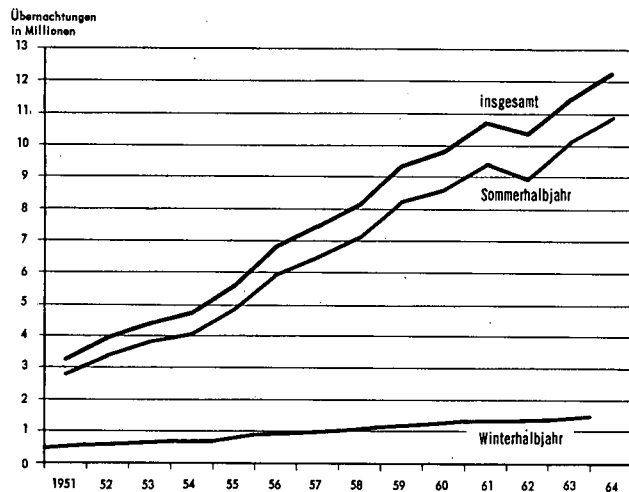
irgendeinem anderen Lande der Bundesrepublik. Nach Schleswig-Holstein folgen Bayern, Hessen und Baden-Württemberg. Naturgemäß ist in den Ländern, die zugleich Städte sind, und Ländern mit stark industriellem Einschlag die Zahl der Fremdenübernachtungen je Einwohner relativ niedrig.

Leider verteilen sich die Übernachtungen in keinem Lande derartig ungleich auf das Sommer- und Winterhalbjahr wie in Schleswig-Holstein. 1963 entfielen hier 88% der Übernachtungen auf das Sommerhalbjahr und nur 12% der Übernachtungen auf das Winterhalbjahr. In Bayern, Hessen und Baden-Württemberg verteilt sich der Fremdenverkehr erheblich gleichmäßiger auf die Jahreszeiten. In Bayern beispielsweise entfielen 26% der Übernachtungen auf das Winterhalbjahr, in Baden-Württemberg 29% und in Hessen sogar 34%.

Seit 1951 haben die Übernachtungen in Schleswig-Holstein von Jahr zu Jahr zugenommen, wenn man von dem leichten Rückgang im Jahre 1962 wegen des ungünstigen Wetters absieht. In der Zeit von 1951 bis 1964 betrug die Zunahme der Übernachtungen 278%. Das nachfolgende Bild veranschaulicht deutlich diesen gewaltigen Aufschwung.

Die beiden nur in geringem Abstand verlaufenden Kurven für die Übernachtungen insgesamt und im Sommerhalbjahr stehen fast parallel zueinander; der Fremdenverkehr während des Winterhalbjahres hat also kaum einen Einfluß auf das Jahresergebnis. Im übrigen verteilt sich die Zunahme des Verkehrs seit 1951 nicht gleichmäßig auf das Sommer- und Winterhalbjahr. Die Übernachtungen in den Sommerhalbjahren nahmen stärker zu als die in den Winter-

Übernachtungen in den schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsorten



halbjahre. In den Sommerhalbjahren stiegen sie seit 1951 fast auf das Vierfache, in den Winterhalbjahren nur gut auf das Dreifache. Diese Zuwachsraten beziehen sich auf das Landesergebnis insgesamt; darüber, wie sie sich auf die einzelnen Gemeindegruppen verteilen, liegen keine genauen Angaben vor. Die Bemühungen, den Fremdenverkehr auszudehnen, haben sich also insgesamt während der Sommerhalbjahre besser ausgewirkt als in den Winterhalbjahren. Sie zielen auch in erster Linie auf eine Verlängerung der Vor- und Nachsaison ab, deren Monate (Mai, Juni, September) zum Sommerhalbjahr gerechnet werden.

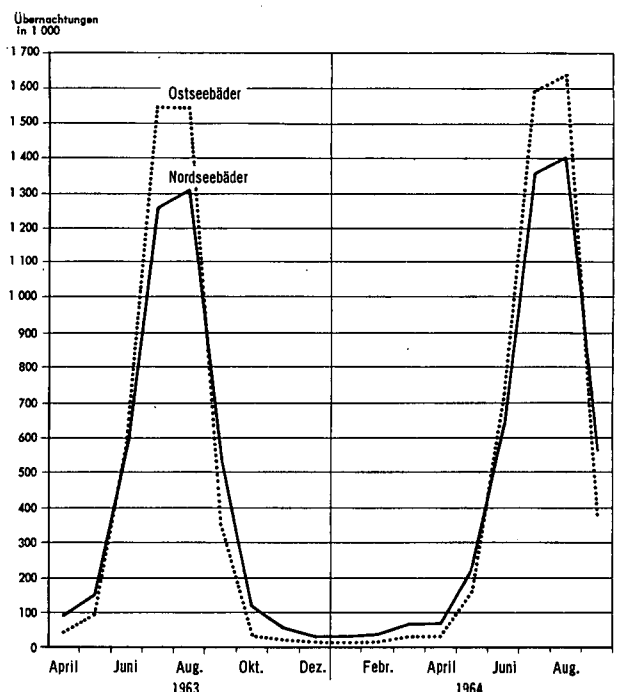
Der Fremdenverkehr wird in Schleswig-Holstein in 140 Berichtsgemeinden erfaßt. Die Struktur des Fremdenverkehrs in ihnen ist je nach der örtlichen Lage der Gemeinde, nach ihrer Größe und nach den Einrichtungen, die dem Fremden während seines Aufenthalts zur Verfügung stehen, verschieden. Zur besseren Beurteilung wird daher das Ergebnis nach sechs verschiedenen Gemeindegruppen untergliedert. Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen entwickelten sich in den Sommerhalbjahren 1963 und 1964 nach Gemeindegruppen wie folgt:

Gemeindegruppe	Fremdenmeldungen			Fremdenübernachtungen		
	1963 in 1 000	1964	Veränderung in %	1963 in 1 000	1964	Veränderung in %
2 Großstädte	176	172	- 3	317	310	- 2
3 Heilbäder (ohne Seebäder)	41	41	+ 2	423	446	+ 5
44 Luftkurorte und Erholungsorte	131	133	+ 1	688	719	+ 5
21 Nordseebäder	288	309	+ 7	3 918	4 260	+ 9
31 Ostseebäder	402	422	+ 5	4 175	4 512	+ 8
39 Sonstige Berichtsgemeinden	337	334	- 1	559	571	+ 2
140 Berichtsgemeinden insgesamt	1 375	1 411	+ 3	10 080	10 818	+ 7

Das außergewöhnlich günstige Wetter während des letzten Sommerhalbjahres schlägt sich insbesondere in einer überdurchschnittlichen Zunahme der Meldungen und Übernachtungen in den Badeorten nieder. Hierbei war die Zunahme in den Nordseebädern etwas stärker als in den Ostseebädern. Aber auch in den Heilbädern sowie Luftkur- und Erholungsorten nahmen die Übernachtungen von Fremden erheblich, in den der Gruppe der sonstigen Berichtsgemeinden geringfügig zu. Keinen Anteil an der Ausdehnung des Fremdenverkehrs im Sommerhalbjahr hatten die Großstädte. Der Fremdenverkehr in den Gemeinden dieser Gruppe trägt überwiegend den Charakter des Dienst- oder Geschäftsreiseverkehrs; außerdem steigen Durchreisende in den Großstädten ab. Als Aufenthaltsort für Urlaubs- und Erholungsreisende spielen diese Gemeinden in unserem Land nur eine geringe Rolle. Daher hat sich auch die überaus günstige Entwicklung des Fremdenverkehrs während des letzten Sommerhalbjahres in den Großstädten nicht ausgewirkt; im Gegenteil, es ist in ihnen die Zahl der Meldungen und Übernachtungen gegenüber der gleichen Zeit des davorliegenden Jahres um 3% bzw. 2% zurückgegangen.

Das Bild veranschaulicht den Ablauf des Fremdenverkehrs in den 21 Nordsee- und 31 Ostseebädern an Hand der Übernachtungen in der Zeit vom 1.4.1963 bis 30.9.1964. In den Seebädern wirken sich die jährlichen Saisonschwankungen infolge der Abhängigkeit vom Wetter, insbesondere von der Wassertemperatur, am stärksten aus. Die größten Unterschiede gibt es in den Ostseebädern, in denen im Winterhalbjahr der Fremdenverkehr fast völlig

Übernachtungen in den Seebädern



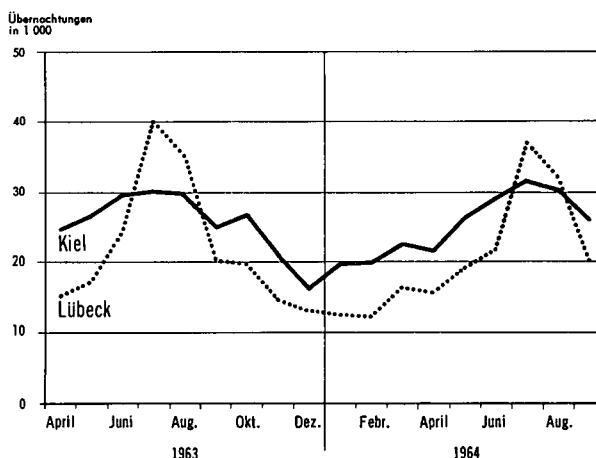
zum Erliegen kommt und die während der Sommermonate Juli und August die höchsten Übernachtungszahlen unter allen Gemeindegruppen erreichen. Der Verkehr in den Nordseeküsten ist demgegenüber geringfügig ausgeglichener. In den Monaten der Hauptsaison werden die Spitzenwerte der Ostseeküsten nicht erreicht. Im Winterhalbjahr weist die Nordseeküste gegenüber der Ostseeküste für den Fremdenverkehr günstigere klimatische Bedingungen auf, die sich deutlich in höheren Übernachtungszahlen während der Monate Oktober bis April widerspiegeln. Auch ist die Aufenthaltsdauer je Gast insbesondere im Winter an der Nordsee wesentlich länger als an der Ostsee (vergl. die Tabelle auf Seite 44).

Von den Übernachtungen in Schleswig-Holstein insgesamt machten diejenigen in den Seebädern während des Sommerhalbjahres 1964 81% aus, während des ganzen Fremdenverkehrsjahres 1964 zusammen 75%. Der schleswig-holsteinische Fremdenverkehr ist also im Jahresdurchschnitt zu drei Vierteln Seebäderverkehr. Die Übernachtungen in allen übrigen Gemeindegruppen treten demgegenüber in den Hintergrund. Die starken Saisonschwankungen in den Seebädern sind charakteristisch für den Fremdenverkehr in unserem Lande überhaupt. Etwa acht Monate im Jahr stehen die Betten in den Seebädern ungenutzt da. Der größte Teil der Betriebe ist während dieser Zeit geschlossen. Dies bedeutet, daß das in den Beherbergungsbetrieben investierte Kapital nur sehr kurze Zeit genutzt werden kann. Innerhalb dieser Zeit müssen auch die Kosten herausgewirtschaftet werden, die während der Betriebsruhe entstehen.

Seit längerer Zeit wird daher versucht, die Saison zu verlängern und damit die Bettenausnutzung zu erhöhen. So sind z. B. in mehreren Orten Einrichtungen geschaffen worden, die dem Gast unabhängig von der Witterung den Aufenthalt angenehmer gestalten sollen. Diese Bestrebungen haben sich bisher, wie bereits festgestellt wurde, hauptsächlich in den Sommerhalbjahren ausgewirkt. Die Zuwachsraten in den Winterhalbjahren sind geringer. In welchem Maße die fremdenverkehrspolitischen Maßnahmen in den letzten Jahren zum Erfolg geführt haben, läßt sich allerdings solange nicht genau feststellen, als keine speziellen betriebswirtschaftlichen Untersuchungen hierüber vorliegen. Denn auch für die Verlängerung der Saison ist der Einfluß des Wetters offensichtlich entscheidend. So ist z. B. im Mai 1964 die Übernachtungszahl in den Seebädern gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 56% angestiegen, eine Rate, die als ungewöhnlich hoch angesehen werden muß. Es besteht kein Zweifel darüber, daß sie fast ausschließlich auf das

D 3476

Übernachtungen in den Großstädten



sehr schöne Frühjahrswetter im Mai 1964 zurückzuführen ist.

In den zwei schleswig-holsteinischen Großstädten verteilen sich die Übernachtungen der Fremdgäste relativ gleichmäßig auf die verschiedenen Jahreszeiten. Im Sommer beträgt die Übernachtungszahl in der Saisonspitze höchstens das Zweieinhalbfache derjenigen in dem am wenigsten ausgenutzten Wintermonat, dem Dezember. Der Fremdenverkehr trägt hier einen völlig anderen Zuschnitt als in den Seebädern. An der Gesamtzahl der Übernachtungen war er in der Zeit vom 1.10.1963 bis zum 30.9.1964 nur mit 4,3% beteiligt. Der Geschäftsreiseverkehr und der Durchgangsverkehr überwiegen in den Großstädten. Witterungseinflüsse spielen kaum eine Rolle. Im Sommerhalbjahr 1964 ist ein leichter Rückgang der Meldungen und Übernachtungen gegenüber dem Vorjahre eingetreten. Die Abnahme war in Lübeck stärker als in Kiel.

Insgesamt liegen die Übernachtungszahlen in Kiel mit 291 000 im Fremdenverkehrsjahr 1964 höher als in Lübeck, wo 234 000 Übernachtungen ermittelt wurden. Die Saisonschwankungen sind in Kiel geringer als in Lübeck, was vermutlich auf einen größeren Anteil an Dienst- und Geschäftsreisen nach der Landeshauptstadt zurückzuführen ist. Lübeck wird dagegen in den Sommermonaten, in denen der Erholungs- und Ferienreiseverkehr stark anschwillt, von Fremden häufiger aufgesucht als Kiel. Daß es sich hierbei um durchreisende Urlauber handelt und nicht um Erholungssuchende, die längere Zeit am Ort bleiben, beweist unter anderem die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste in Lübeck. Sie betrug während des letzten Sommerhalbjahres 1,7 Tage je Gast, im davorliegenden Winterhalbjahr 2,1 Tage. In Kiel ist demgegenüber kaum ein Unterschied hinsichtlich der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer

zwischen Sommer- und Wintergästen festzustellen; die Gäste blieben im Sommer wie im Winter durchschnittlich 1,9 Tage am Ort.

In den drei Heilbädern (ohne Seebäder) verteilt sich der Strom der Gäste mit verhältnismäßig geringen Schwankungen über das ganze Jahr. Die Folge ist eine besonders gute Ausnutzung der Beherbergungskapazität der Betriebe. Der Fremdenverkehr in den Gemeinden dieser Gruppe dient im Sommer wie im Winter hauptsächlich der Erholung und Wiederherstellung der Gesundheit der Gäste, denen hierfür besondere Einrichtungen (z. B. Quellen) zur Verfügung stehen. Die Aufenthaltsdauer der Gäste ist daher auch besonders lang; sie war während des Winterhalbjahres 1963/64 sogar die längste unter allen Gemeindegruppen.

Bei den 44 Luftkurorten und Erholungsorten in unserem Lande handelt es sich um Fremdenverkehrsgemeinden, die weder der Gruppe der Seebäder noch der der Heilbäder zuzuordnen sind. Der Fremdenverkehr in ihnen wird überwiegend durch Urlaubs- und Erholungsreisende bestimmt. Dementsprechend schwillt der Gästestrom in den Sommermonaten stark an, während im Winter nur wenig Fremde absteigen. Die Saisonschwankungen sind nach denjenigen in den Seebädern am größten. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs in diesen Orten steht aber weit hinter der in den Seebädern zurück. Der Anteil der Übernachtungen in ihnen betrug 7,4% des gesamten schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrs 1964. Hiervon unterscheiden sich die 39 "Sonstigen Berichtsgemeinden" insbesondere durch eine wesentlich kürzere Aufenthaltsdauer der Gäste. Die Zahl der Übernachtungen wird, ähnlich derjenigen in den Großstädten, hauptsächlich durch Geschäfts- und Durchgangsreisende beeinflusst. Während die

Aufenthaltsdauer und Kapazitätsausnutzung nach Gemeindegruppen

Gemeindegruppe	Aufenthaltsdauer je Gast in Tagen			Kapazitätsausnutzung in % 1.10.1963 bis 30.9.1964
	Sommerhalbjahr 1963	Winterhalbjahr 1963/64	Sommerhalbjahr 1964	
Großstädte	1,8	2,0	1,8	45
Heilbäder (ohne Seebäder)	10,4	11,3	10,8	57
Luftkur- u. Erholungsorte	5,2	3,8	5,4	27
Nordseebäder	13,6	11,2	13,8	25
Ostseebäder	10,4	3,1	10,7	23
Sonstige Berichtsgemeinden	1,7	1,6	1,7	30
Insgesamt	7,3	3,2	7,7	26

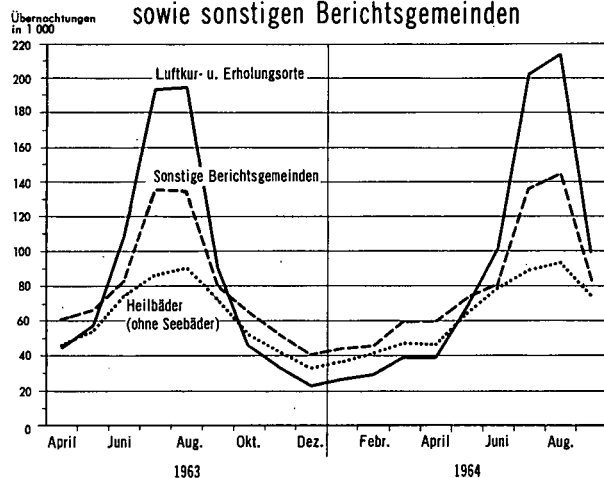
Zuordnung der einzelnen Fremdenverkehrsgemeinden zu den Gruppen Großstädte, Heilbäder sowie Nord- und Ostseebäder verhältnismäßig klar herausgearbeitet werden kann, sind die Grenzen zwischen den Luftkur- und Erholungsorten und den sonstigen Berichtsgemeinden flüchtig. Die Aufenthaltsdauer der Gäste in diesen Gemeinden kann sich verhältnismäßig schnell durch die verschiedensten Einflüsse verändern.

Die Aufgliederung des Fremdenverkehrs nach der Art der Beherbergungsstätten, die von den Gästen aufgesucht werden, führt zu unterschiedlichen Ergebnissen, je nachdem ob man die Meldungen oder Übernachtungen zugrundelegt. Unter den Fremdenmeldungen führen die Hotels mit Abstand vor den Privatquartieren, Fremdenheimen usw.; der Anteil der Fremdenmeldungen, die auf die Hotels fallen, betrug im Sommerhalbjahr 1964 fast die Hälfte aller Meldungen, nämlich 48%. Unter den Fremdenübernachtungen liegen die Hotels erst an dritter Stelle nach den Privatquartieren und den Fremdenheimen, Pensionen und Hospizen. Das hängt mit der sehr kurzen Aufenthaltsdauer je Gast in dieser Betriebsart zusammen. Das Hotel ist die vorwiegende Beherbergungsstätte in den Großstädten. Die Grenzen zwischen den Hotels und den Gasthöfen sind fließend. Unter den Gasthöfen sind im allgemeinen kleinere Beherbergungsbetriebe zu verstehen, die nur über eine geringe Bettenzahl verfügen und gleichzeitig eine Gastwirtschaft betreiben. Die Zahl der Meldungen ist dementsprechend niedrig; unter den Übernachtungen rangieren die Gasthäuser an letzter Stelle. Die Aufenthaltsdauer der Gäste liegt geringfügig über der der Hotelgäste.

Von den Hotels und Gasthäusern ist der Fremdenverkehr in den übrigen Beherbergungsstätten

D 3477

Übernachtungen in Heilbädern, Luftkur- und Erholungsorten sowie sonstigen Berichtsgemeinden



Der Fremdenverkehr nach der Art der Beherbergungsstätte im Sommerhalbjahr 1964

Betriebsart	Fremdenmeldungen		Fremdenübernachtungen		Aufenthaltsdauer je Gast in Tagen	
	in 1 000	Veränderung gegenüber 1963 in %	in 1 000	Veränderung gegenüber 1963 in %	Sommerhalbjahr	
					1963	1964
Hotels	684	+ 2	1 941	+ 7	2,7	2,8
Gasthäuser	83	- 9	293	- 3	3,3	3,5
Fremdenheime, Pensionen, Hospize	175	+ 8	2 268	+ 10	12,7	13,0
Erholungsheime, Ferienheime (ohne Kinderheime)	63	- 6	857	- 0	12,8	13,7
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	13	- 8	396	- 6	29,2	30,0
Privatquartiere	393	+ 6	5 064	+ 9	12,4	12,9
Insgesamt	1 411	+ 3	10 818	+ 7	7,3	7,7

zu trennen. In ihnen herrscht der Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr vor. Dies geht klar aus der erheblich höheren durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Gäste hervor. Klammert man die Sanatorien, Heilstätten und Kuranstalten aus, so beträgt die Aufenthaltsdauer je Kopf in ihnen etwa 13 Tage. Die meisten Fremdenübernachtungen vereinigten im Sommerhalbjahr 1964 die Privatquartiere auf sich, nämlich 5,1 Millionen; das sind 47% aller erfaßten Übernachtungen. Es folgen nach der Zahl der Übernachtungen die Fremdenheime, Pensionen und Hospize, die Hotels sowie die Erholungs- und Ferienheime. In den Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten ist die Aufenthaltsdauer der Gäste besonders hoch.

An der Ausdehnung des Fremdenverkehrs während des letzten Sommerhalbjahres gegenüber dem Vorjahre hatten die verschiedenen Arten

von Beherbergungsstätten unterschiedlichen Anteil. Zurückgegangen ist die Zahl der Gäste und Übernachtungen in den Sanatorien, Heilstätten und Kuranstalten sowie in den Gasthäusern. Demgegenüber konnten die Privatquartiere und Pensionen eine Zunahme der Übernachtungen um 9 und 10% verbuchen. Die Aufenthaltsdauer der Gäste ist in allen Arten der Beherbergungsstätten gestiegen, was auf ein zunehmendes Bedürfnis nach Ruhe und Erholung und auf wachsende Mittel hierfür schließen läßt.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Der Fremdenverkehr in den schleswig-holsteinischen Seebädern" im Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 136 (Mai) und "Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1963" in Wirtschaft und Statistik 1964, S. 111 (Februar)

Die Erwerbspersonen am Arbeitsort

Die meisten Gemeindeergebnisse aus der Volks- und Berufszählung 1961 beziehen sich auf die am Ort wohnhafte Bevölkerung. Viele Einwohner arbeiten jedoch außerhalb ihres Wohnortes, weshalb auch die Pendlerbeziehungen erfragt und ausgewertet worden sind. Stellt man den in einer Gemeinde wohnenden die dort arbeitenden Berufstätigen gegenüber, so ergeben sich oft beträchtliche Unterschiede. Manche Kommune erweist sich als "Schlafgemeinde", die, nach den ansässigen Erwerbspersonen beurteilt, voll wirtschaftlichen Lebens zu sein schien.

Mit Hilfe der Pendlerströme läßt sich somit auch aus den Ergebnissen der Berufszählung die Wirtschaftsstruktur einer Gemeinde bestimmen. Da hier nicht alle Kommunen einzeln untersucht werden können, sind die Gemeinden zu vier Größenklassen zusammengefaßt worden: Landgemeinden (bis 3 000 Einwohner), Kleinstädte (3 000 bis 20 000 Einwohner), Mittelstädte (20 000 bis 100 000 Einwohner) und Großstädte (mehr als 100 000 Einwohner). Diese Abgrenzungen stellen, wie andere Gruppenbildungen auch, nur einen Kompromiß dar. Mancher kleinere Industrieort fällt dadurch in die Klasse

Die Erwerbspersonen am Wohn- und Arbeitsort und der Pendlersaldo

- in 1 000 -

Gemeinden von ... bis unter ... Einw.	Erwerbs- personen insgesamt	davon im Wirtschaftsbereich			
		Land- und Forst- wirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
Die Erwerbspersonen am Wohnort					
unter 3 000	312	129	97	39	46
3 000 - 20 000	280	22	118	62	78
20 000 - 100 000	178	4	77	46	51
100 000 und mehr	216	3	94	54	65
Schleswig-Holstein	986	158	386	201	241
Der Pendlergewinn (+) oder -verlust (-)					
unter 3 000	- 76	- 1	- 45	- 17	- 13
3 000 - 20 000	- 29	- 0	- 12	- 10	- 7
20 000 - 100 000	+ 12	+ 0	+ 9	+ 2	+ 1
100 000 und mehr	+ 29	- 0	+ 18	+ 6	+ 6
Schleswig-Holstein	- 63	- 0	- 30	- 19	- 13
Die Erwerbspersonen am Arbeitsort					
unter 3 000	236	128	52	23	33
3 000 - 20 000	251	22	106	52	71
20 000 - 100 000	190	4	86	47	53
100 000 und mehr	245	3	112	59	71
Schleswig-Holstein	923	158	356	182	228

"Landgemeinden", manche Landgemeinde in die Klasse "Kleinstädte".

Aus der Pendelwanderung wachsen nur den Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern Arbeitskräfte zu, und zwar den Mittelstädten 12 000 und den beiden Großstädten 29 000. Die Landgemeinden geben 76 000 und die Kleinstädte 29 000 Erwerbstätige mehr ab, als sie aufnehmen. Die Salden gleichen sich nicht aus, da Schleswig-Holstein auch im Pendleraustausch mit Hamburg und - in geringem Umfang - mit Niedersachsen steht. Dadurch verliert unser Land nach Gegenrechnung der Einpendler rund 63 000 Erwerbstätige. Das zusätzliche Arbeitskräftepotential der Mittel- und Großstädte gehört überwiegend, das Hamburgs fast zur Hälfte dem Produzierenden Gewerbe an. Gänzlich unbedeutend ist die Fluktuation der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen. Die erste Tabelle läßt erkennen, wie sich die Pendelwanderung auf die Zahl der Beschäftigten in den Gemeinden auswirkt.

Wie hoch die relativen Penderverluste und -gewinne sind, zeigt die zweite Tabelle. Auch prozentual ist die Einbuße an Erwerbstätigen in den kleinsten Gemeinden am größten und der Zuwachs in den Großstädten am höchsten. Am bemerkenswertesten ist der starke Rückgang der Beschäftigtenzahl im Produzierenden Gewerbe und im Handel und Verkehr der Landgemeinden.

Im ersten Bild sind die in den Gemeinden wohnhaften den dort arbeitenden Erwerbs-

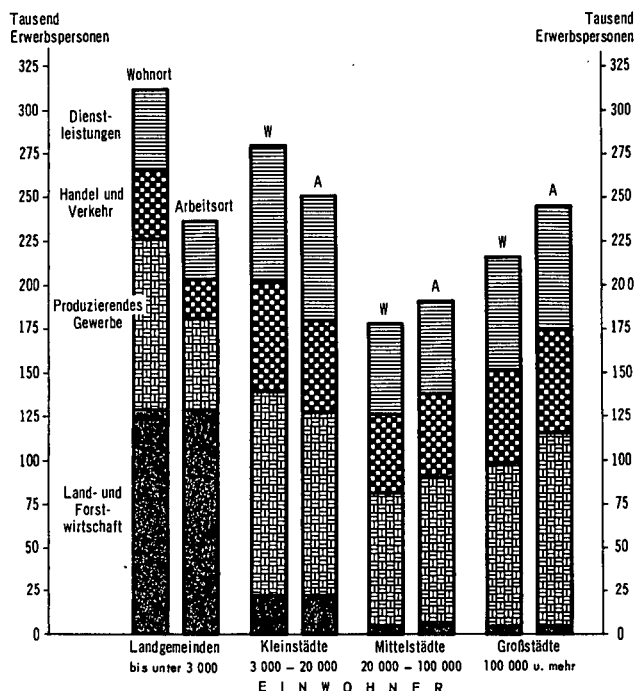
Verhältnis der Erwerbspersonen nach dem Arbeitsort zu den Erwerbspersonen nach dem Wohnort

Gemeinden von... bis unter ... Einw.	Erwerbs- personen Insges.	davon im Wirtschaftsbereich			
		Land- und Forst- wirt- schaft	Produ- zieren- des Gewerbe	Handel und Ver- kehr	Dienst- lei- stungen
	Erwerbspersonen/Arbeitsort (Erwerbspersonen/Wohnort = 100)				
unter 3 000	76	100	54	57	72
3 000 – 20 000	90	100	90	84	90
20 000 – 100 000	107	108	111	104	103
100 000 und mehr	113	99	119	110	109
Schleswig-Holstein	94	100	92	90	95

personen gegenübergestellt, aufgegliedert nach ihrer Zugehörigkeit zu den Wirtschaftsbereichen. Man erkennt, daß die in den Klein-, Mittel- und Großstädten wohnenden Erwerbspersonen sich in ungefähr der gleichen Weise auf die Wirtschaftsbereiche aufschlüsseln wie die dort tätigen. Von den in den Städten ansässigen Erwerbspersonen läßt sich somit durchaus auf die Wirtschaftsstruktur dieser Kommunen schließen. Anders dagegen in den Landgemeinden. Hier unterscheidet sich die "Tagbevölkerung" erheblich von der "Nachtbevölkerung". Die Wirtschaftsstruktur der Landgemeinden ist viel ländlicher als deren Wohn-Bevölkerung.

Das Bild zeigt ferner, daß sich die an der Arbeitsort-Bevölkerung abzulesende Wirt-

DIE ERWERBSPERSONEN AM WOHN- UND ARBEITSORT nach Gemeindegrößen und Wirtschaftsbereichen



schaftsstruktur der Landgemeinden und die der Städte wesentlich unterscheiden, zwischen den Klein-, Mittel- und Großstädten jedoch nur geringfügige Abweichungen festzustellen sind. Daß die Werte der Landgemeinden sich von denen der Städte nicht so unvermittelt unterscheiden, wie das Bild vermuten läßt, beweist die folgende Gegenüberstellung. In ihr sind die Größenklassen feiner aufgegliedert. Man sieht, wie die Anteile der Landwirtschaft mit steigender Größenklasse allmählich von 85% auf 1% abnehmen und wie die Anteile der übrigen Wirtschaftsbereiche bis zu den kleinsten Städten rasch zunehmen, dann aber kaum noch anwachsen.

Daß in den Gemeinden von 8 000 bis 10 000 Einwohnern noch 9 von 100 Beschäftigten der Landwirtschaft angehören, mag auf den ersten Blick überraschen. Der hohe Anteil erklärt sich in erster Linie aus den in dieser Größenklasse eingeschlossenen drei Großgemeinden des Kreises Eutin: Malente, Ratekau und Stockelsdorf. Sie können nicht ohne weiteres mit anderen Orten gleicher Einwohnerzahl verglichen werden, bestehen sie doch neben größeren geschlossenen Orten mit städtischem Charakter aus mehreren Dorfschaften meist ländlicher Struktur. In Malente üben 16%, in Ratekau 27% und in Stockelsdorf 40% aller dort tätigen Erwerbspersonen einen Beruf in der Landwirtschaft aus. Zu dieser Größenklasse gehören aber auch Gemeinden wie Büdelsdorf und Westerland, wo nur eine von 100 Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig ist. Man

Die Erwerbspersonen an ihrem Arbeitsort nach Gemeindegrößenklassen und Wirtschaftsbereichen

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Von 100 Erwerbspersonen gehörten zum Wirtschaftsbereich			
	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- lei- stungen
unter 100	85	6	2	8
100 bis 200	77	11	5	7
200 " 500	67	16	7	10
500 " 1 000	57	21	9	13
1 000 " 2 000	41	29	12	18
2 000 " 3 000	28	32	17	22
3 000 " 5 000	14	41	20	25
5 000 " 8 000	12	44	19	24
8 000 " 10 000	9	42	19	30
10 000 " 20 000	3	42	23	32
20 000 " 50 000	3	45	24	28
50 000 " 100 000	3	46	26	27
100 000 und mehr	1	46	24	29
Insgesamt	17	39	20	25

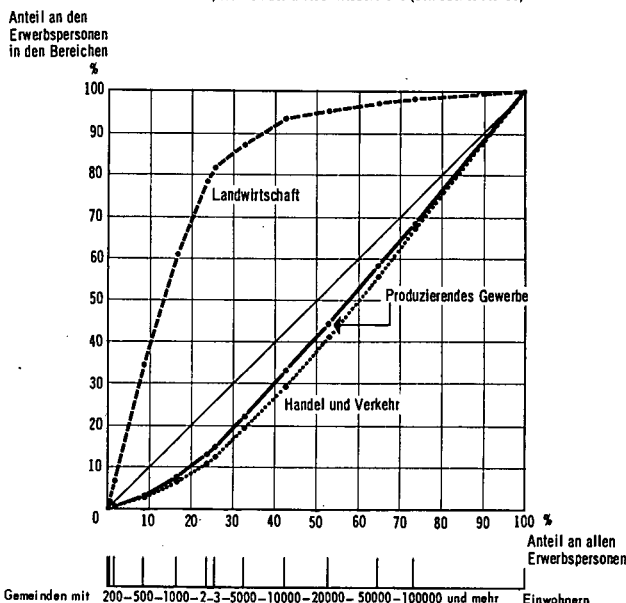
sieht also, wie heterogen die Gemeinden einer Größenklasse sein können.

Wie sehr sich die Arbeitskräfte der Landwirtschaft auf die kleinen Gemeinden konzentrieren, zeigt das zweite Bild. In den Landgemeinden sind über vier Fünftel der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen tätig. Für die Städte ergibt sich die größte Konzentration im Handel und Verkehr. Auf die Landgemeinden, in denen etwa 26% aller im Lande Tätigen arbeiten, entfallen dagegen nur 12% der Beschäftigten des Handels und des Verkehrs. Im Produzierenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen sind es mit 15% wenig mehr. Die Kurve für den

D-3471

DIE ERWERBSPERSONEN AM ARBEITSORT NACH WIRTSCHAFTSBEREICHEN

Dargestellt durch die Anteile der Gemeindegrößenklassen
an allen Erwerbspersonen (waagrechte Achse) und
an den Erwerbspersonen der Wirtschaftsbereiche (senkrechte Achse)



Dienstleistungsbereich fällt ungefähr mit der des Produzierenden Gewerbes zusammen. Sie ist deshalb nicht ins Bild aufgenommen worden.

Begriffe und Methoden

Pendler sind Erwerbstätige (ohne Soldaten), deren Arbeitsstätte außerhalb ihrer Wohngemeinde liegt und die dort keinen Wohnraum besitzen. Als Arbeitsstätte gilt der Ort, wo die Tätigkeit ausgeübt wird; sie kann also auch in einer anderen Gemeinde liegen als der Betrieb (z. B. Baustelle einer Bau-

firma). Angehörige von Berufen mit ständiger Reisetätigkeit, wie Handels- und Versicherungsvertreter, ambulante Händler, werden nicht zu den Pendlern gerechnet.

Soweit sich die im Text angeführten Zahlen nicht ausdrücklich nur auf die Pendler beziehen, sind stets die Erwerbspersonen (= Erwerbstätige und Erwerbslose) gemeint. Aus sprachlichen Gründen und wegen der geringen Zahl der Erwerbslosen (im Landesdurchschnitt 0,7 % der Erwerbspersonen) ist textlich so verfahren worden, als ob die Erwerbspersonen nur aus Erwerbstätigen bestünden.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Über die Vermögensbildung der Arbeitnehmer 1963

Nachdem die Bundesregierung 1961 mit dem "Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer" sozialpolitisches Neuland betreten hatte, lag ihr daran, nach einiger Zeit die Wirkungen dieses Gesetzes kennenzulernen. Sie ordnete deshalb eine statistische Erhebung an. In diese Erhebung wurden alle Branchen¹ einbezogen, in denen mit Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz zu rechnen war, und von den zugehörigen Betrieben eine Stichprobe gezogen. Die Ergebnisse repräsentieren in Schleswig-Holstein 13 000 Unternehmen mit 286 000 Arbeitnehmern. Davon haben nur 200 Unternehmen - das sind 1,5% - ihren 15 000 Arbeitnehmern vermögenswirksame Leistungen angeboten. Da diese Unternehmen im Mittel drei- bis viermal so groß sind wie der Gesamtdurchschnitt, haben immerhin über 5% der Arbeiter und Angestellten durch ihren Betrieb die Möglichkeit der neuen Vermögensbildung erhalten.

Je größer die Unternehmen, desto eher haben sie vermögenswirksame Leistungen angeboten: Beschäftigte in Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten hatten nur zu 3% ein Angebot erhalten, in Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten aber zu beinahe 9%.

Auch die Arbeitnehmer müssen sich erst an die neue Sparform gewöhnen. Vor die Wahl gestellt, ob sie einen Teil des ihnen zustehenden Entgelts wie bisher ausgezahlt oder in vermögenswirksame Leistung umgewandelt haben wollen, entschieden sich 96% der 4 300 gefragten Arbeiter und 70% der 1 700 Angestellten für die Auszahlung.

Die meisten Unternehmen haben allerdings eine zusätzliche Leistung angeboten (125 Unternehmen), während die Umwandlung (59) und die Kombination beider Formen (16) dahinter stark zurücktreten.

Alles zusammengefaßt haben 1 230 Arbeiter und 740 Angestellte - also nicht mehr als einer von

145 Beschäftigten - Vermögen im Sinne des neuen Gesetzes gebildet. Die Aufwendungen für diese 1 970 Begünstigten erreichten mehr als eine halbe Million DM, pro Person also knapp 270 DM. Dieser Betrag schwankt ebenfalls mit der Betriebsgröße, doch weniger deutlich als die Zahl der Angebote überhaupt. Auch hier wurden zwar die höchsten Aufwendungen bei den Unternehmen mit 500 bis 1 000 und mit über 1 000 Beschäftigten ermittelt (303 und 306 DM je Fall), doch errechnen sich selbst bei den Kleinstbetrieben unter 10 Beschäftigten durchschnittlich 278 DM, und die übrigen Größenklassen lagen teils dicht, teils weiter unter diesem Wert, ohne daß noch eine Abstufung nach der Betriebsgröße erkennbar wäre. Die im Gesetz verschiedentlich bedeutsame Obergrenze von 312 DM je Arbeitnehmer ist nur in wenigen Fällen überschritten worden.

Annähernd gleich häufig haben die Unternehmen ihre Aufwendungen "allgemein" und in der Sonderform der Ergebnisbeteiligung erbracht. Typisch ist, daß bei Arbeitern die Leistung auf Grund einer Ergebnisbeteiligung etwa doppelt so häufig vorkommt wie die "allgemeine" Leistung, während bei den Angestellten diese fast dreimal so häufig ist wie die erstgenannte.

In welcher Weise aber die Leistung auch aufgebracht wurde, angelegt wurde sie am weitaus häufigsten in der ersten der fünf Formen, die das Gesetz vorsieht, nämlich als Sparbeitrag mit den Vorzügen des Sparprämiengesetzes. Für nur gut ein Achtel aller begünstigten Beschäftigten wurde die Leistung zur Förderung des Wohnungsbaus (nach dem Wohnungsbau-Prämienengesetz) angelegt, für gut 6% wurde eine Darlehensforderung des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber begründet und in einzelnen Fällen kam die Leistung einem Familienheim zugute (Bau, Erwerb, Entschuldung). In Schleswig-Holstein gar nicht aufgetreten ist die Form, daß der Arbeitnehmer Aktien seines Arbeitgebers erwirbt und auf diese Weise Vermögen bildet.

¹) Industrie und Handwerk, Einzelhandel, Straßenverkehr, Binnenschifffahrt, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe

Arnold Heinemann

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

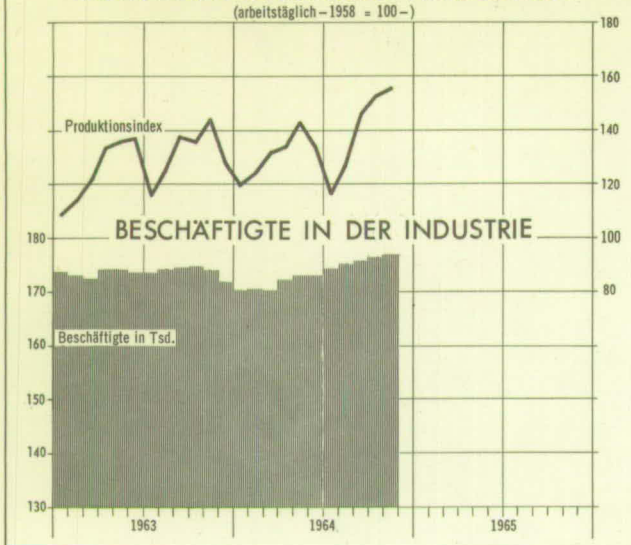
	Heft/Seite
Gesundheitswesen	
Sterbefälle und Todesursachen	1/5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Mechanisierung Landwirtschaft	1/11
Handel und Gastgewerbe	
Ausfuhr 1962 und 1963	1/18
Öffentliche Finanzen	
Kraftfahrzeugsteuer 1964	1/4
Preise	
Preise für Speisen und Getränke	1/21

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.

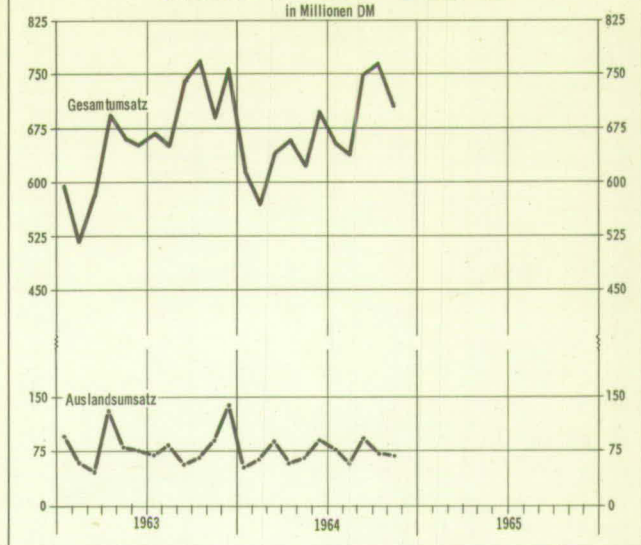
INDEX DER INDUSTRIELLEN PRODUKTION

(arbeitsjährlich - 1958 = 100 -)



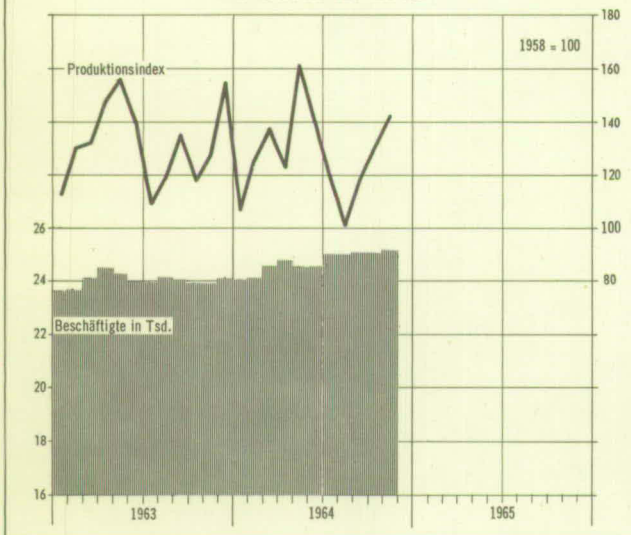
UMSATZ IN DER INDUSTRIE

in Millionen DM



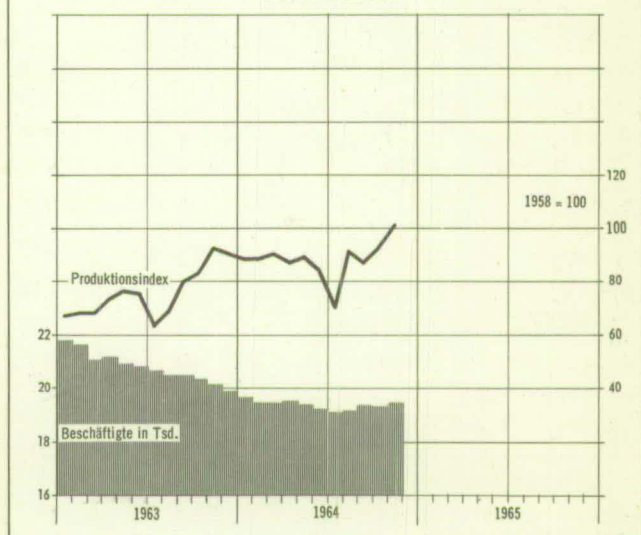
MASCHINENBAU

1958 = 100



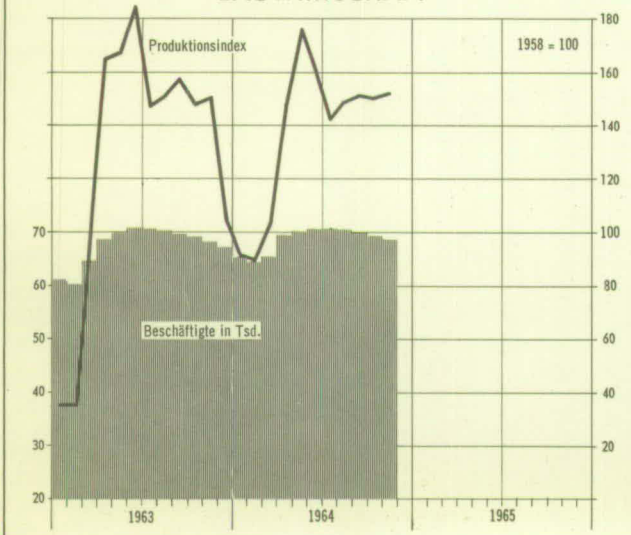
SCHIFFBAU

1958 = 100



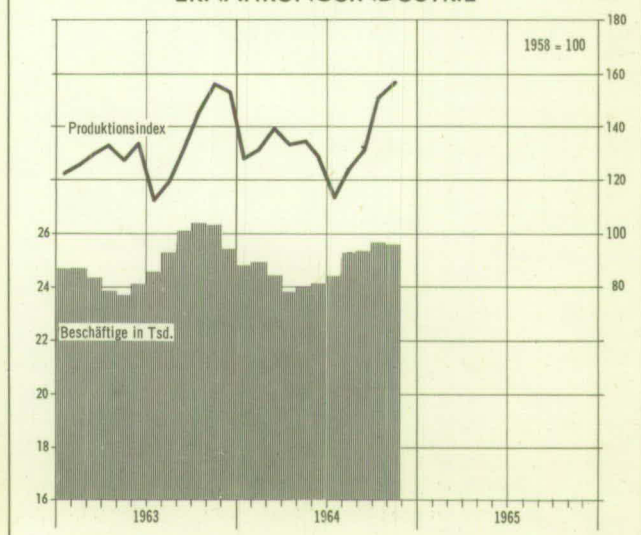
BAUWIRTSCHAFT

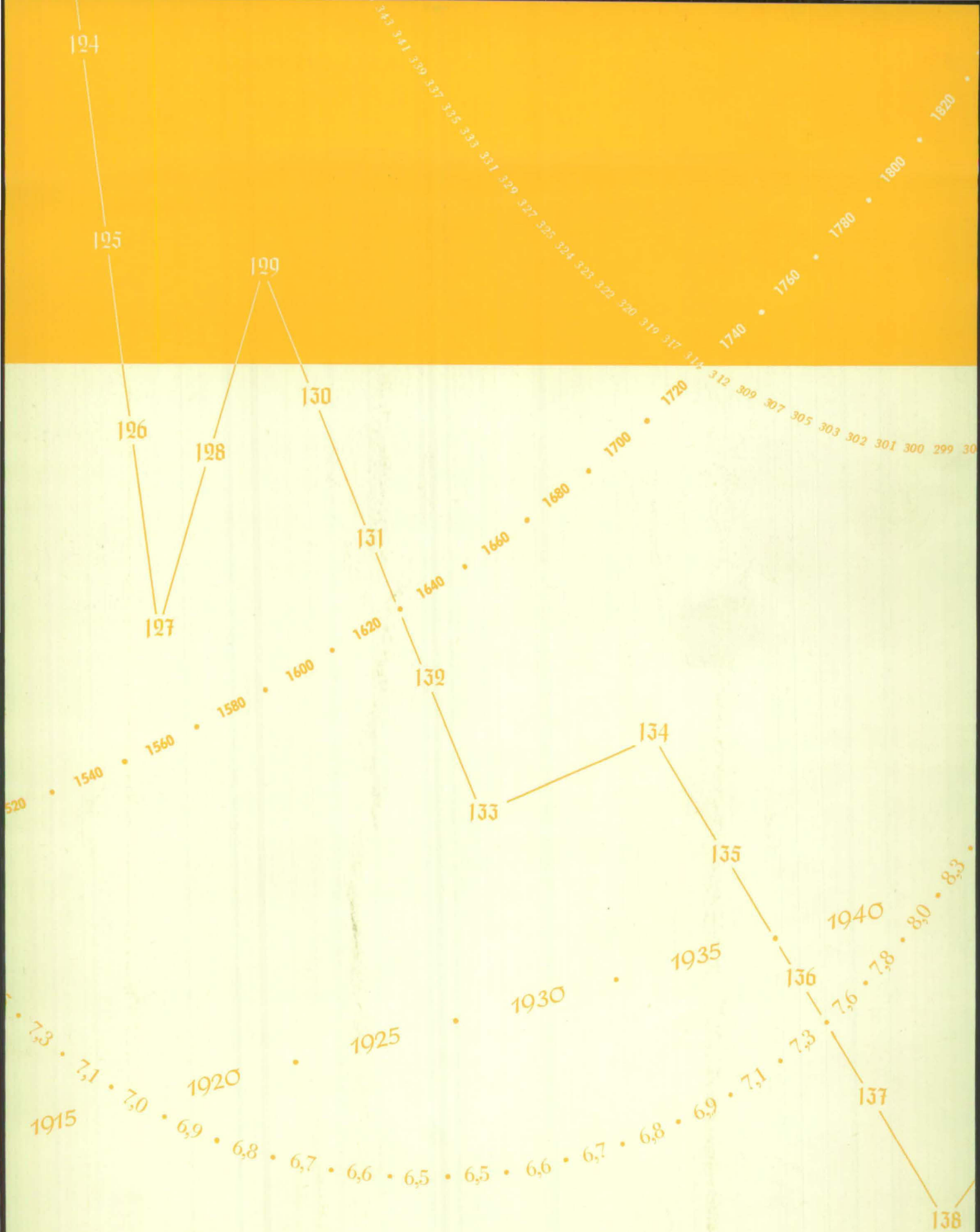
1958 = 100



ERNÄHRUNGSINDUSTRIE

1958 = 100





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen